

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abo-Sonderpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—M., bei Selbstabholung 5.50 M.; Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—M., für einen Monat 6.—M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postleitzahlkontos Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Insetatenpreis: Die 7 geblätterte Kolonialsäule oder deren Raum 1.90 M., bei Plakatvorrichtung 2.80 M.; Familiennotizen, die 7 geblätterte Zeile 1.70 M.; Nellame-Kolonialsäule 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Pariser Konferenz.

Kurze Entwaffnungskrisen — hohe Reparationssummen. — Anerkennung Estlands und Lettlands.

Paris, 25. Januar. (Havas.) Die Sachverständigen für militärische, Marine- und Luftschiffahrtsangelegenheiten trafen heute vormittag unter dem Vorsitz Kochs zusammen. Die Sachverständigen, die von dem Obersten Rat beauftragt worden waren, eine Liste aufzustellen über die Vertragsverletzungen Deutschlands, sowie Maßnahmen vorzuschlagen, die zu treffen wären, bildeten drei Kommissionen, je eine für militärische, maritime und Luftschiffahrtsangelegenheiten. Die Kommissionen waren in ihren Entschlüssen einig. Nachmittags verabschiedeten sich die Sachverständigen wiederum, um den Gesamtbericht über die einzelnen Beziehungen der drei Kommissionen festzustellen. Dieser Gesamtbericht soll eine allgemeine Schlussfolgerung enthalten und die Notwendigkeit, ohne Schwäche die Ausführungen der vorgelegten Fristen zu verlangen. Diese Fristen bewegen sich zwischen einigen Wochen und mehreren Monaten, entsprechend der Wichtigkeit der zu treffenden Maßnahmen, auf die sie sich beziehen. Die weitest ausgedehnte Frist geht aber nicht über den Monat Juni hinaus.

Paris, 26. Januar. Über die heutige Vormittagssitzung der Konferenz berichtet die Agence Havas, die Sitzung sei vollkommen ausgefüllt worden mit dem Bericht des Finanzministers. Dummer über die Wiederaufbaufrage. Der Minister habe gesagt, daß das bisherige französische Budget mehr als 16 Milliarden Frank Ausgaben enthalte für den Wiederaufbau und für die Zahlung von Pensionen an Witwen und Kriegsveterane. Diese Summe müsse Deutschland zurückstehen, wenn man das Gleichgewicht des Budgets wieder herstellen wolle. Über die praktischen Mittel, die ergriffen werden müssen, damit Deutschland bezahle, werde Minister Loucheur sprechen. Der Minister werde der Konferenz noch einige weitere Dokumente übermitteln, so daß die Erörterung des Problems morgen vormittag fortgesetzt werden könne.

Paris, 26. Januar. Nach dem amitlichen Bericht über die heutige Vormittagssitzung hat die Konferenz in kurzer Sitzung beschlossen, schon jetzt Estland und Lettland rechtmäßig anzuerkennen. Die rechtliche Anerkennung Litauens aber müsse aufgeschoben werden bis zur endgültigen Regelung der Frage von Vilna, mit der der Börsenmarkt betrachtet sei. Der Konferenz erklärte formal, der Anerkennung Georgiens gänzlich gegenüberzustehen, wenn von diesem Staat ein formelles Erjubeln gestellt wird.

Die nächste Sitzung der Konferenz wird Entscheidungen treffen über den Bericht der militärischen, maritimen und Luftschiffahrts-Sachverständigen.

200 Milliarden soll Deutschland zahlen.

Paris, 27. Januar. (T.U.) Doumerge erklärte in der alliierten Sitzung der Staatsmänner, daß die Gesamtzahlungsumme, die Deutschland zu bezahlen haben werde, mit 200 Milliarden festgesetzt worden sei, von denen 112 Milliarden auf Frankreich entfallen werden. Zur Bezahlung der Summe werden Deutschland 30 Jahre Zeit gelassen werden. Wenn es sich aber erweisen sollte, daß diese Frist zu kurz bemessen sei, so würde man den Zeitraum verlängern. In Boulogne sprach man von 42 Jahren. Um die Zahlung zu ermöglichen, hat Deutschland nach dem Beispiel eines einfachen Bürgers, dessen Schulden größer als seine Einnahmen sind, zu versuchen, und es müßte daher einen Teil seines Besitzes verpfänden, wie z. B. Eisenbahnen, Bergwerke usw. Doumerge erinnerte an die vielen Toten, die Frankreich zu beklagen hat, und die Verwaisten; es braucht 54 Milliarden für Pensionen und 48 Milliarden für den Wiederaufbau. Ohne diese Summe müßte Frankreich den Bankrott erklären. Man sagt, daß Deutschland dieselben Gefahren bedrohen. Wenn aber ein Staat bankrott werden sollte, so sei es moralisch, wenn das Land bankrott geht, das den Krieg begonnen habe.

Die Schuld an Österreichs Ende.

Paris, 26. Januar. Nach dem Echo de Paris soll Lloyd George zu der Frage der Unterstüzung Österreichs erklärt haben, daß nicht ständig eine Wohltätigkeitspolitik betrieben werden könne. Großbritannien und die Vereinigten Staaten hätten bereits 11 Millionen Pfund Sterling vorgeschoßen. Vor allen Dingen müßten diejenigen Staaten Österreich zu Hilfe kommen, die aus der Auflösung Österreichs Nutzen gezogen hätten. Briançon habe erklärt, die Alliierten seien doch gewissermaßen für die schwierige Lage Österreichs verantwortlich. Sie hätten es doch verhindert. Lloyd George habe sich dann schließlich damit einverstanden erklärt, Österreich durch Staatskredite zu helfen.

Der Ausgang eines Verleumdungsfeldzuges

München, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In dem Prozeß des Reichsjustiz gegen den Abg. Gendorfer, dem ehemaligen Vorsitzenden des Landes-Bauernrats wurde bekanntlich der auf das Vermögen Gendorfers gelegte Arrest aufgehoben. Gendorfer war beschuldigt, größere Summen von der Versteigerung von Heeresförderungen für sich verwendet zu haben. Die rätoromanische Presse hatte eine große Heft gegen Gendorfer erhoben und untern ermordeten Genossen Kurt Eisner mit diesen erfundenen Geldschließungen in Verbindung gebracht. In der heute bekannt gewordenen Urteilsbekündigung heißt es, daß Gendorfer kein Mann ist, dem unsätere Vermögensbeschreibungen zugemessen werden können. Daß Gendorfer Vermögen in die Schweiz ver-

schen habe, habe sich als falsches Gerücht herausgestellt. Bei Kenntnis des wahren Sachverhalts würde das Gericht den Arrest nicht angeordnet haben. — Damit ist die ganze Heft gegen Gendorfer, mit der besonders Kurt Eisner getroffen werden sollte, als elende Verleumdung entlarvt.

Der Konflikt mit dem bayrischen Justizminister.

München, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Konflikt der sozialistischen Fraktionen mit dem bayrischen Justizminister wird jetzt vom Justizminister verschleppt, anscheinend in der Absicht, Zeit zu gewinnen, um die Sache wieder einzureihen. Am 27. Januar sollten einige Vorlagen des Justizrats im Haushaltsausschuß des bayrischen Landtags verhandelt werden, bei denen der Justizminister anwesend sein möchte. Die sozialistischen Parteien haben aber, wie schon gemeldet, erklärt, mit dem Justizminister solange nicht mehr verhandeln zu können, als dieser nicht die gestellten Fragen beantwortet. Der Minister zieht sich nun dadurch aus der Verlegenheit, daß er seinen deutschnationalen Parteifreunden, der zu den Vorlagen im Ausschuß referieren sollte, bedeutete, sich für diesen Tag zu entschuldigen, was denn auch geschah und zur Folge hatte, daß die den Justizrat betreffenden Vorlagen von der Tagesordnung des Haushaltsausschusses abgezogen wurden. Damit ist die Austragung des Konflikts aber nur ausgeschoben.

Regierungskrise in Braunschweig?

Berlin, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Im braunschweigischen Landtag erklärten bei der Beratung des Staats des Staatsministeriums die Führer sämtlicher bürgerlichen Parteien, daß ihre Parteifreunde der seit vorinem Sommer in Braunschweig bestehenden rein sozialistischen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und folglich den Staat in seiner Gesamtheit ablehnen. Die Neu-Kommunisten haben noch keine Erklärung abgegeben und von der Haltung der 3 Neu-Kommunisten wird es abhängen, in welchem Sinne die neue Kabinettskrise morgen oder übermorgen zur Entscheidung kommt.

Eine Offensive der italienischen Orgele.

Berlin, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Im Anschluß an den gemeldeten Angriff der nationalistischen Banden auf den Avanti teilt die Rote Fahne noch folgendes mit: Aus Bologna wird berichtet, daß die Faschisten auch dort das sozialistische Parteihuus gestürmt haben und daß sich die herbeigeholte Polizei geweigert hätte, einzutreten. In Modena ist die Deuderei unserer Zeitung zerstört worden. In Ferrara, Novara und Turin soll es zu blutigen Kämpfen gekommen sein. Nebenbei, wo gekämpft wurde, gab es zahlreiche Tote und Verwundete. Der weisgardistische Faschistenzug sieht den Überfall gleichzeitig in allen Orten nach einem Plan durchgespielt zu haben aus Nähe für einen Nationalisten, der bei den letzten Wahlen in Modena ums Leben kam.

Anerkennung des Griechenkönigs durch England?

Paris, 26. Januar. (T.U.) Matin meldet, daß England König Konstantin von Griechenland anerkennen will. Der neu ernannte englische Gesandte in Athen wird dem König sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

Geburtstag auf Schloß Doorn.



... Diese vielen Beweise der Liebe und Treue meines Volkes. Ich muß doch meine Rede für den Eingang in Berlin ausarbeiten...

Deutsche und westliche Revolutionen.

Von Otto Jensen.

Die Industrie beherrscht das Wirtschaftsleben Deutschlands, Englands und selbst der weniger entwickelten Staaten Westeuropas. Der Fortgang der industriellen Produktion ist notwendig für die Bevölkerung und ein Stocken wichtiger Betriebszweige wäre tödbringend für die Wirtschaft. Dazu kommt, daß der Widerstand der herrschenden Klassen in Westeuropa weit stärker ist und sein muß dank der langen kapitalistischen Entwicklung, die diese Länder durchliefen. Wir haben es hier mit einer starken, zwar durch den Krieg erschütterten Kapitalistensklasse zu tun; neben dieser Bourgeoisie steht aber, und das heißt Bauer mit Recht hervor, ein von bürgerlichem Geist beherrschtes Kleinbürgertum und, was wichtiger ist, eine im Besitz des Bodens seit etwa hundert Jahren lebende Bauernschaft. Diese Bauernschaft ist politisch interessiert, wirtschaftlich gut organisiert und wird geistig beherrscht und politisch geführt von einem verbürgten Großgrundbesitzeradel, der als Miltärklasse über Gewaltmittel verfügt und auch als wirtschaftlicher Faktor bei der Rüstungsmittelnot der Nachkriegszeit von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Dadurch verschiebt sich das Problem der Eroberung und Besiegung der wirtschaftlichen Macht im modernen Industriestaat im Vergleich zum sporadisch industrialisierten Agrarstaat. Die moderne Arbeitersklasse muß den Kampf führen im Bunde mit der Landarbeiterklasse, deren politisches Erwachen und ökonomische Organisation erst durch den politischen Zusammenbruch der Monarchie ermöglicht wurde, gegen den Großgrundbesitz und das diesem gehörende leidende Bauernamt. Vielleicht gelingt es, die Kleinbauern zu neutralisieren; aber je schärfer der Kampf sich gestaltet, desto stärker werden die Eigentumsinstinkte der von städtischer Kultur und sozialem Empfinden nur oberflächlich beeindruckten Bauernschaft sich gegen das Industrieproletariat richten. Dieser grundlegende Unterschied beeinflußt nicht nur das Tempo der Sozialisierung, die sich nur als fortlaufende Teillokalisierung der Industrie realisieren kann, sondern sie ändert auch das Wesen des Kampfes um die Agrarverfassung. Es gilt die Großbetriebe zu sozialisieren und das bürgerliche Bodeneigentum zu überwinden, nicht es herzustellen wie in Russland.

Das Proletariat kann sich daher nicht auf die Bauernschaft stützen, sondern nur auf die Landarbeiter als Bundesgenossen rechnen. Diese Schicht ist aber erst politisch erwacht und bedarf noch der Schulung durch Alltagsetzung und große Kämpfe.

Dies Erkenntnis muß uns nicht pessimistisch stimmen. Wir in Deutschland liegen nicht nur geographisch, sondern auch politisch, kulturell und sozial zwischen England und Russland und unsere Kampfmethoden und wirtschaftlichen Revolutionsziele sind eine Mischung aus beiden Typen der Weltrevolution. Wir werden nicht so ruhig demokratisch, wie es in England beim Fehlen einer starken Bauernschaft vielleicht möglich ist, zum Sozialismus gelangen, aber auch wir müssen mit einem modernen Proletariat, mit einer unvollkommenen bürgerlichen Demokratie den Massenkampf führen auf dem Boden der Demokratie, die sich nicht nur in formaler Abstimmungsgleichheit äußert, sondern deren Weisen Bauer sehr glücklich mit folgenden Sätzen kennzeichnet:

... Die Demokratie ist diejenige Staatsform, innerhalb derer die Machtverteilung im Staate ausschließlich durch die sozialen Macht faktoren bestimmt, nicht durch die Anwendung materieller Gewaltmittel zugunsten einer Klasse verschoben wird.

Alle sozialen Macht faktoren bestimmen die Machtverteilung im demokratischen Staat. Zunächst die Zahl. Dann die Organisation. Weiter die Stellung im Produktionsprozeß. Ebenso die politische Gesamtheit und das Kulturniveau...

Der „Gesamtwille“ des demokratischen Staates ist bloße Reaktionen der sozialen Macht faktoren. Wenn z. B. die kapitalistische Entwicklung die Zahl der Proletarier vergroßert, ihre Organisierung fördert, ihr Klassenbewußtsein wächst, ihr Kulturniveau erhöht, so wächst im gleichen Maße auch die Macht des Proletariats im demokratischen Staat ... Die Demokratie ist bloße Form; ob diese Form mit kapitalistischem, bürgerlichem oder proletarischem Inhalt gefüllt wird, hängt von den sozialen Macht faktoren ab. Die Demokratie ist ein Instrument der Klassenherrschaft; aber dieses Instrument kann, je nach dem Entwicklungsgrad der sozialen Macht faktoren, in die Hände verschiedener Klassen fallen, in die Hände der Bourgeoisie, der Bauernschaft, des Proletariats. Ist die Demokratie in der Regel nur eine Form der Herrschaft der Bourgeoisie, so wird sie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der sozialen Macht faktoren zur Form der Herrschaft des Proletariats ... (S. 109/110.)

Es ist irrig, anzunehmen daß diese Demokratie gleichzusehen ist dem bürgerlichen Parlamentarismus; es ist ferner irrig, zu glauben, daß diese Demokratie nicht Gewalt anwenden kann, um den Einfluß aller Mächte zu brechen, die antideutsch sind. Bauer selbst gibt diese Möglichkeit zu, wenn er schreibt:

... Natürlich beruht wie jeder Staat, auch der demokratische auf der Gewalt. Aber der demokratische Staat benötigt die Waffengewalt nur zu dem Zweck, um seinen Gesetzen, Verordnungen, Verfügungen gegen widerstreitende Minderheiten Geltung zu

sichern. Der Inhalt dieser Gehege, Verordnungen, Verfügungen aber ist nicht durch die Gewalt einer Klasse, sondern ausschließlich durch die sozialen Machtaktoren der Klassen bestimmt.

In allen anderen Staatsformen dagegen hat die Gewalt eine ganz andere Funktion. . . In jeder nichtdemokratischen Verfassung besteht ein Widerspruch zwischen der durch die Gewalt aufrechterhaltenden rechtlichen Machtverteilung und der durch die sozialen Machtaktoren bestimmten gesellschaftlichen Machtverteilung — ein Widerspruch, den die demokratische Staatsform nicht enthält.

Aber kann die Gewalt eine Machtverteilung begründen und aufrechterhalten, die den sozialen Machtaktoren nicht entspricht, so ist doch die Gewalt selbst von den sozialen Machtaktoren abhängig. Es hängt von der Entwicklung der sozialen Machtaktoren ab, ob es einer Klasse gelingt, die Armeen, die zu ihrer Vergewaltigung benutzt wird, zu beeinflussen, zu durchdringen, von ihnen heraus zu sprengen, oder ihr die Mittel ihrer materiellen Existenz zu entziehen, oder ihr eine Gegenarmee einzugezustellen. Daher ist die Vergewaltigung der sozialen Machtaktoren immer nur so lange aufrechtzuhalten, als der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen und der rechtlichen Machtverteilung nicht allzu groß ist. Wird der Widerstand zu groß, dann tritt die Revolution ein, die die den sozialen Machtaktoren widerstprechende Staatsform sprengt, und die rechtliche Machtverteilung der gesellschaftlichen angleicht. . . (S. 110/111.)

Darin unterscheidet sich die Rolle der Gewalt bei den westlichen und östlichen Revolutionen unserer Tage. Die Diktatur in Russland ist die Vorstufe zu einer bürgerlichen Demokratie, während in Westeuropa eine "Diktatur der Demokratie" gesellschaftlich möglich ist nur mit Gewaltanwendung zur Beseitigung jener Hindernisse, die die Entwicklung zur proletarischen Demokratie hemmen. Diese Hindernisse sind besonders in Deutschland sehr groß, sowohl durch die materielle Gewalt der Militärfasche, als auch durch die geistige Überlieferung in großen Schichten proletarisierter Intellektueller des Großbürgertums und der Bauernschaft. Es ist daher fraglich, ob eine kurze Übergangsperiode der Diktatur zu vermeiden ist. Aber diese Diktatur könnte nur den Weg zur sozialistischen Demokratie ebnen und müsste so kurz wie möglich sein.

Auf die Dauer kann ein komplizierter Industriestaat wie Deutschland wirtschaftlich nur gedeihen, wenn die Masse der in den wichtigsten Produktionszweigen Beschäftigten, sowohl Arbeiter als Produktionsleiter, die Regierung führen und ihre Kräfte aus freiem Willen der sozialen Umwälzung leihen.

Dies ist aber nur möglich bei einem demokratischen Regime, das die Gewalt nicht zur Aufrechterhaltung überkommenen Machtverhältnisse missbraucht, sondern nur die gesellschaftlichen Kräfte spielt.

Die wachsende Unsicherheit in Oberschlesien.

(Oberschlesischer Brief)

W. O. Es ist schwer, sich selbst nach den erschütternden Erscheinungen, die über die Morde und Raubüberfälle in Oberschlesien durch die Presse gehen, auch nur ungefähr ein Bild von der Unsicherheit zu machen, unter der die oberschlesische Bevölkerung leidet hat. Es vergeht kein Tag, an dem nicht zwei, drei Raubüberfälle aus dem oberschlesischen Industriegebiet gemeldet werden. In jeder Stadt, ja fast in jedem Dorf ereignet sich in jeder Nacht ein Einbruch oder eine Ausspieldung. Es werden bei den Überfällen nicht nur einzelne Leute ermordet, man mehrt ganze Familien nieder, erschießt die zu Hilfe eilenden Polizeibeamten. Selbst ganze Truppen der Abstimmungspolizei sind machtlos gegenüber diesem Treiben, denn die Räuber treten in starken Banden von 15 bis 20 und noch mehr Mitgliedern auf. Sie besitzen Maschinengewehre und Pistolen, vor allem aber Handgranaten, während die Abstimmungspolizei lediglich mit Säbeln und Pistolen ausgerüstet ist. Es ist selbstverständlich, daß die Polizeibeamten bei ihrer mangelnden Bewaffnung und der Zahl der Opfer, die sie fast dauernd erleiden, nicht mehr mit der nötigen Energie gegen die Räuberbanden vorgehen. Die Unsicherheit bedrückt in besonders hohem Maße die Arbeiterschaft. Die Zahl der Bergarbeiter, die auf ihrem Helmweg ihres Lohnes beraubt wurden, denen die letzten Sachen vom Leibe gezogen wurden, ist kaum noch zu übersehen. Nicht nur einzelne Arbeiter werden überfallen; ganze Lohntransporte, die sorgfältig beschützt und bewacht sind, werden unterwegs von den Räuberbanden überfallen und ausgeraubt, die Bewohnermannschaften erschossen. In den letzten Wochen haben diese Zustände sich täglich verschärft. Die Bevölkerung lebt unter einem Druck, der allmählich jede Bewegungsfreiheit zu unterbinden droht. Niemand wagt sich abends mehr auf stille Straßen. Die Arbeiter beginnen sich zu weigern, von ihren Schichten den Heimweg anzutreten oder sich rechtzeitig zur Nachschicht einzufinden. Auf dem Lande ist niemand mehr seines Lebens sicher; jedes Haus kann täglich von den Räubern überfallen werden, die waffenlose Bevölkerung ist schutzlos dem Treiben dieser Banden ausgeliefert. Die Bevölkerung leidet unter einer Nervosität, die sich von Tag zu Tag verstärkt und in die schwersten Erscheinungen einer allgemeinen Panik auszuarbeiten droht.

Es ist unerklärlich, daß die Interalliierte Kommission, die die Verantwortung für die Sicherheit und Ordnung im oberschlesischen Abstimmungsgebiet trägt, diesem Treiben tatenlos zusieht. Keine Anordnung, kein Wort der Abschließung, kein Wort über geplante Sicherheitsmaßnahmen ist bisher von der Interalliierten Kommission bekanntgeworden. Der General Le Rond und seine Mitarbeiter hüllen sich in Schweigen. Die interalliierten Truppen stehen auf den Marktplätzen, vor ihren Kasernen, vor den Theatern Wache, eine Tätigkeit, die schwerlich einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Sicherheit darstellt. Wenn je, so beweist hier der Militarismus, der offenbar auch die Interalliierte Kommission beherrscht, wie unfehlbar für die einfachen Verwaltungsaufgaben ist. Man fragt sich vergeblich, zu welchem Zweck die Interalliierte Kommission ein Budget von mehr als 20 000 Mann braucht, denn außer zu Paradesmessen finden sie keinerlei ernsthafte Verwendung.

Die Interalliierte Kommission trägt die volle Verantwortung für alle Vorgänge im oberschlesischen Industriegebiet. Sie wird der Welt darüber Rechenschaft geben müssen, was sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, zur Sicherung einer ruhigen Abstimmung in Oberschlesien getan oder unternommen hat. Wenn die Unsicherheit in demselben Maße wie bisher steigt, so kann heute schon gesagt werden, daß eine geordnete Abstimmung nicht möglich ist. Das oberschlesische Abstimmungsgebiet wird in wenigen Wochen ein einziges Chaos sein, in dem jedes Recht und Gesetz aufgehört hat zu wirken, in dem nur noch die Maschinengewehre, Handgranaten und Revolver der Räuberbanden herrschen.

Wir sind in Oberschlesien nicht mehr fern von dem Tage, an dem jedes wirtschaftliche Leben aufhört, weil niemand mehr wagen kann, sein Haus zu verlassen.

Auch in der Interalliierten Kommission kann man sich über diesen Zustand nicht im unklaren sein. Es ist deshalb die höchste Zeit, daß die verantwortlichen Männer in der Interalliierten Kommission erklären, ob sie noch geneigt sind, die Verantwortung für die kommende Katastrophe zu tragen, oder ob sie erkannt haben, daß es ihnen an Machtmitteln fehlt, um eine ruhige Abstimmung zu garantieren. Die oberschlesische Arbeiterschaft vor allem muß verlangen, daß ihr die Existenzmöglichkeit, die Arbeitsgelegenheit nicht durch eine völlige Zerstörung des wirtschaftlichen Lebens graut wird. Die oberschlesische Arbeiterschaft muß verlangen, daß die Männer, die für die Verwaltung des oberschlesischen Abstimmungsgebietes verantwortlich sind, dem Terror der Räuberbanden ein Ende machen.

Die Betrachtung der überschleischen Zustände kann nicht abschließen werden, ohne nach dem moralisch verantwortlichen Faktor zu rüfen. Ohne Frage ist die Unsicherheit in Oberschlesien infolge der Grenzverhältnisse und der einzelnen mit dem Industriegebiet im Zusammenhang stehenden Faktoren stets größer gewesen als in andern Gebieten. Es kann aber doch nicht verkannt werden, daß die Täter einer Aktion, die so auf terroristische Maßnahmen eingestellt ist, wie die polnische, die ihre Anhänger zu Attentaten und Denkmalsprengungen aussetzt, eine gewisse moralische Verantwortung für die Zustände in Oberschlesien zu übernehmen hat.

Maßnahmen zur Abschließung der schlesisch-polnischen Grenze.

Der nach Oberschlesien entstandene Berichterstatter der "Dena" drückt: Es steht nun mehr fest, daß mehrere Kompanien englischer Soldaten aus den weithin befindlichen Gebieten in den nächsten Tagen nach Oberschlesien abtransportiert werden mit der besonderen Bestimmung, die Grenze nach Polen sorgsam abzuschließen. Die Vorbereitungen für die Durchführung der Grenzsperre sind bei der Interalliierten Kommission im Gange und dürften bereits in der nächsten Woche ihre Wirkung zeigen. Die erste Verfügung wird ein Befehl sein, daß auf jeden, der die Grenze unbefugt zu überschreiten versucht, sofort geschossen wird. Wahrscheinlich werden auch die italienischen Truppen verstärkt werden, um die Ordnung während des Abstimmungsborganges aufrechtzuhalten. Oberschlesische Blätter melden bereits die Zahl von 5000 italienischen Soldaten, deren Antransport in den nächsten Tagen erfolgen soll.

Breslau, 27. Januar. In Bielschowitz bei Hindenburg erzwang gestern eine Volksmenge die Freilassung eines verhafteten polnischen Arbeiters aus dem Gefängnis, nachdem man gedroht hatte, die Polizeigebäude in Bielschowitz, Neubendorf und Antoniowitz in die Luft zu sprengen. Von 50 Abstimmungspolizisten waren nur acht Männer erschienen, die zu schwach waren, um die Menge zu zerstreuen. Die Euisendung weiterer Männer wurde vom Kreiscontroleur abgelehnt.

Der Kampf um Oberschlesien.

Berlin, 27. Januar. (Eigene Draufmeldung der L. B.) Aus Ratiowitsch wird berichtet: Die Volksabstimmung wird mehr und mehr zur Farce. Auch in der oberschlesischen Bevölkerung, ganz gleich welcher Nationalität, beginnt man zu begreifen, daß das ganze ein sinnloses Spiel mit moralischen Werten um materieller Interessen willen ist. Die Bevölkerung sieht ein, daß man auf beiden Seiten in steppeloser Weise ihre schlechtesten Instinkte weckt, nur um in den Nach der Bodenreiche zu gelangen, auf denen die Bevölkerung zufälligwohnt. Auf beiden Seiten beginnt sich eine Unzufriedenheit mit der Propaganda bemerkbar zu machen. Besonders ist das auf Seiten der Polen der Fall. Vor allem die polnisch sprechende Arbeiterschaft wendet sich mehr und mehr von den nationalistischen Methoden Konsanths ab. Der polnische Terror weckt durch seine Folgen auch den polnischen Teil der oberschlesischen Arbeiterschaft. Die nächsten Wochen werden natürlich eine Wahlmüdigkeit ergeben und zwar um so stärker auf polnischer Seite, als dort die nationalistische Anspannung größer war. Die überzeugend klingenden Nachrichten, daß die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens schon vor der Volksabstimmung bei den Verhandlungen in Paris fallen wird, lösen in der Bevölkerung ein gewisses befreiendes Aufatmen aus, da die Abgrenzung Oberschlesiens überhaupt nicht durch die Abstimmung gesetzt wird, sondern durch die Entscheidung der Entente. So entsteht die Hoffnung, daß man der Bevölkerung die schweren Folgen einer leichten nationalen Auspeitschung und skrupellosen Verschärfung erspart und auf die Abstimmung verzicht selbst. Von keiner Seite wird das als Rückzug gedeutet werden können, denn das Ergebnis der Abstimmung ist heute noch völlig unsicher. In Entente ist man jetzt fest davon überzeugt, daß das Schicksal Oberschlesiens durch eine Volksabstimmung nicht entschieden werden kann und nicht entschieden wird. Nur wirtschaftliche Abmachungen werden eine befriedigende Lösung des schlesischen Problems bringen. Wenn die polnische Propaganda heute in fanatischer Angst auf der Abstimmung besteht, so soll niemand glauben, daß das der Wunsch der polnischen Bevölkerung wäre. Es sind auch hier, wie überall in solchen Fällen lediglich die imperialistischen Machthaber, die mit organisierten Heeren das Volk zu Taten treiben, die es aus sich heraus nie begangen hätte. Die polnische Propaganda wird gut tun, auf ihrer Seite die Möglichkeit einer andern Lösung ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Den wild gewordenen deutschen Nationalisten wird die oberschlesische Arbeiterschaft sehr schnell den Kopf zurechtkneifen, so daß alle Hoffnungen für eine wirklich objektive Lösung der oberschlesischen Frage gegeben sind.

Verwässerung des Reichsnotopfersgesetzes.

Im Steuerausschuß des Reichstages gab der Reichsfinanzminister Dr. Wirth bei der Weiterberatung des Reichsnotopfersgesetzes hinsichtlich der Annahme von selbstgezeichneten Kriegsanleihen eine entgegengesetzte Erklärung ab. Danach sollen bis zu einem Monat nach Zustellung des vorläufigen Steuerbescheides die nachweislich selbstgezeichneten Kriegsanleihen zum Nennwert in Zahlung genommen werden. Gegenüber einem Einbruch des Abg. Reil (Soz.) verweist der Minister auf § 49 des Reichsnotopfersgesetzes, der ihm erlaube, Härten des Gesetzes, die schwerlich einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Sicherheit darstellt. Wenn je, so beweist hier der Militarismus, der offenbar auch die Interalliierte Kommission beherrscht, wie unfehlbar für die einfachen Verwaltungsaufgaben ist.

Nicht genug damit, soll es als beschiedene Ein kommensteuer das Parlament verfehlt. Nicht genug damit, soll es nun weiter verwässert werden. Denn wird die vom Reichsfinanzminister vorgeschlagene Milderung der "Härte" des Gesetzes angenommen, so wird den Steuerpflichtigen das Reichsnotopfer unter Umständen bis auf zwei Drittel des schuldigen Betrages geschenkt. — Dafür kann sich ja der Reichsfinanzminister an den indirekten Steuern schadlos halten.

Der Steuerausschuß des Reichstages leiste Dienstag die Beratung über die Novelle zum Reichsnotopfersatz fort. Hinsichtlich der Beratung des Extrawertes landwirtschaftlicher Grundstücke soll, wie Reichsfinanzminister Dr. Wirth ausführt, gestattet werden, zwei weitere Wirtschaftsjahre (1912/14) für die Berechnung heranzuziehen. In der darauffolgenden Debatte wurde die Frage der Umwandlung des Reichsnotopfers in eine Vermögenssteuer besprochen.

Nachdem der Ertrag des Reichsnotopfers durch die "entgegengesetzte" Erklärung des Reichsfinanzministers, daß selbstgezeichnete Kriegsanleihen zum Nennwert an Zahlung statt angenommen werde, auf ein Minimum herabgedrückt wurde, wurde er durch seine heutige Erklärung, die den Großagrarier ein Millionengeschenk hinwirkt, so gut wie ganz illusorisch. Denn werden in den Ertragswert landwirtschaftlicher Grundstücke die Erträge zweier Friedensjahre miteinberechnet — ein durch nichts gerechtfertigter Vorgang, dann der Ertragswert des Bodens wird in Paviertmark berechnet und hängt lediglich von den heutigen Paviertmarktpreisen ab — so fällt er auf einen lächerlichen Betrag herab.

Die Zentrale der Bergarbeiterinternationale und die Sozialisierung des Bergbaus.

London, 25. Januar. Auf einer Versammlung des Zentralkomitees des Internationalen Bergarbeiterbundes wurde gestern die allgemeine Kohlenlage in Europa im Zusammenhang mit der Depression im Handel erörtert. Den Vorort führte Smits. Vertreten waren England, Frankreich, Belgien, Deutschland (durch Otto Huse und Husemann) und die Tschechoslowakei. Die vorgelegten Berichte über die Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern zeigten, daß die Depression im Handel eine allgemeine Erscheinung ist und daß an vielen Mittelpunkten Kohlenvorräte angehäuft sind. In Deutschland arbeiten die Bergarbeiter 3½ Stunden Ueberzeit an zwei Tagen der Woche, um den Bedingungen des Spa-Abkommen nachzukommen.

Es wurden Berichte vorgelegt, in denen der Fortschritt in der Sozialisierungsfrage in der Kohlenindustrie seit der Genfer Konferenz dargelegt wird. Nach Kenntnisnahme dieser Berichte nahm das Komitee einstimmig eine Entschließung an, in der erklärt wird, die Sozialisierung der Bergbauindustrie in jedem Land sei von äußerster Bedeutung. Die Entschließung weist auf den energischen Widerstand hin, der von den Kapitalisten ganz Europas dieser Vorschlag entgegengesetzt werde, und fordert die Arbeiter auf, ihre Tätigkeit zu verdoppeln, um die Ausbeutung der Bergwerke durch die Allgemeinheit zu erreichen. Die Arbeiterschaft und die Gemeinschaft werden aufgefordert, bei ihren Regierungen auf die Annahme einer diesbezüglichen Gesetzesgebung zu dringen. Zum Schluss fordert die Entschließung die Bergarbeiter der dem Bunde angeschlossenen Ländern auf, keinerlei Abkommen mit den Bergwerksbetreibern zu treffen, was internationale Aktionen verhindern könnte, um die allgemeinen Entwicklungen bezüglich der Sozialisierung zu verwirken.

London, 25. Januar. In der heutigen Schlusssitzung des Vollzugsausschusses des Internationalen Bergarbeiterbundes wurde die Lage der Kohlenindustrie Deutschlands erörtert und eine Entschließung angenommen, in der eine internationale Aktion gefordert wird, um die Kohlenversorgung mit der Nachfrage in Europa in nähere Beziehungen zu bringen. Die Bergarbeiter aller Länder werden aufgefordert, die Überschichten abzuschaffen. Der Ausschuss beschloß, die Entschließung unverzüglich der augenblicklich in Paris tagenden Konferenz der Häupter der alliierten Regierungen zu übermitteln.

Protest der Menschewiki gegen die Pariser Beschlüsse.

Mit der Bitte um Abbruch geht uns die folgende Erklärung zu: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Menschewiki) protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz der Konstantinanteilnehmer vom 18. Januar d. J. Diese Beschlüsse stellen einen Versuch dar, auf die europäischen Regierungen zu dem Zweck einzutreten, um der Sowjetregierung den Rückzug von Friedenstraktaten mit den westeuropäischen und den vom früheren Kaiserreich losgetrennten Staaten zu erschweren und um zu verhindern, daß mit diesen Staaten Handelsverträge abgeschlossen werden, die die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen und das Heranziehen von ausländischem Kapital für Wiederherstellung der russischen Wirtschaft ermöglichen sollen.

Ein Erfolg derartiger Versuche würde eine weitere Verschärfung der gegenwärtigen unerträglich schweren Wirtschaftsverhältnisse in Russland zur Folge haben, mit allen sich daraus für das russische Volk ergebenden Leidern und Entbehrungen. Er würde die Vernichtung aller Hoffnungen des russischen Volkes auf Beendigung des permanenten Kriegszustandes und Eintreten einer Periode friedlichen wirtschaftlichen Aufbaues bedeuten.

Er würde das weitere eine äußerste Verschärfung des Zustandes von Misstrauen und Verdächtigung mit sich bringen, welcher die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem russischen Volke und den von Russland abgesetzten Völkern vergiftet, weil er das von diesen Völkern vertriebene und von Russland in Person der Sowjetregierung anerkannte Posttrennungsgesetz in Frage stellt würde. Er würde schließlich — und das ist die Hauptfahne — den Zustand sanktionieren und verwirken, demzufolge die europäischen Großmächte als die anerkannten politischen Vormundinnen des russischen Volkes angesehen werden, die statt ihrer auf Grund von Versetzung und Befreiungen verschiedener russischer Parteien zu entscheiden haben, ob diese oder jene in Russland bestehende Regierung „gesetzlich“ sei und ob die durch dieselbe abgeschlossenen Verträge gesetzliche Kraft genießen.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands bedauert, schließen zu müssen, daß die in Redo stehenden Beschlüsse der Pariser Konferenz auf Grund einer politischen Vereinbarung zwischen angehenden Mitgliedern der Sozialrevolutionären Partei (S.R.) und den Führern der Konstitutionären Partei (R.D.) aufgestellt worden sind, welche letztere im Verlauf der letzten 5 Jahre als der "Spiritus rector" aller Kreuzzüge fungierte, die unter materieller Unterstützung des internationalen Imperialismus von der russischen Reaktion veranstaltet wurden. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands brandmarkt mit Entrüstung diesen Versuch, diejenige Koalitionspolitik wieder zu beleben, die, wie im Jahre 1918, Reichssozialisten zu willenslosen Werkzeugen von Plänen machte, die von der russischen und europäischen Konterrevolution geschmiedet wurden.

In der Überzeugung, daß die von bestimmten imperialistischen Gruppen Europas in die Hände diktatorischer Beschlüsse der Pariser Konferenz nicht den geringsten Einfluß auf die russische Politik der internationalen Arbeiterschaft ausüben werden und seine Energie im Kampfe für die bedingungslose Anerkennung von Sowjetrußland und die Wiederaufnahme von durch Verträge vereinbarten Handelsbeziehungen mit ihm nicht im geringsten abmindern werden, erklärt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands fächerisch, daß die erwähnten Beschlüsse der Pariser Konferenz in keiner Weise die gesellschaftliche Meinung in Russland selbst widerstehen, welche allen Plänen durchaus feindlich gegenübersteht, die unter dem Banner des Kampfes gegen den Bolschewismus, in der Wirklichkeit den russischen Volksmassen bloß eine weitere Verschärfung des Hungers und der wirtschaftlichen Zerrüttung mit sich bringen.

Berlin, 24. Januar 1921.
Auslandsvorsteher der Soz.-Dem. Arbeiterpartei Russlands.
R. Abramowitsch. L. Martow.

Junkerstreit.

Einen Beweis für die Freiheit, mit der die ostpreußische Junkerschaft jetzt wieder austritt, bringt unser Königsberger Parteiblatt. Nach seinem Bericht hat in einer Versammlung der Orts- und Heimatwehren in Pillkallen ein Graf Villow in einer Rede u. a. gesagt:

In Bayern schwört man mit erhobenem Bajonett zum Himmel, nichts von dem, was man jetzt an Macht hat, abzugeben. Dasselbe muß auch für Ostpreußen gelten. Nicht Abgabe der Waffen, sondern Mehrbeschaffung von Waffen muß

unsre Parole sein. Auf dem Lande soll man jeden selbständigen Handwerker und Kleinbürger zwingen, den Wehren beizutreten, im Weigerungsfalle soll man auch nicht zurücktreten, so einem Weigerer das Haus über dem Kopfe anzustechen. „Panernes Arbeiter“, sprach der Referent weiter, sind demütig und ziehen ihren Hut. Dagegen fragt der hiesige Arbeiter nach Verdienst und Achtungserweis. Dieses Gefüge — die Arbeiter — muss erst lazzettfähig geschlagen werden.“

Es wird heute niemandem mehr einfallen, zu fragen, was die Staatsanwaltschaft gegen den Junker, der so offen zu Gewalttätigkeiten und Brandstiftung auffordert, wohl unternehmen wird. Es ist aber immerhin nützlich, derartige Vorgänge zu registrieren, um zu zeigen, wie stark sich heute die Junksippe wieder fühlt. Ihr Auftreten zeigt der Arbeiterschaft, welcher Wind jetzt im neuen Deutschland weht.

Zur Verfolgung der Kriegsverbrecher.

Wie die P. P. R. hören, findet am Donnerstag im Reichsjustizministerium eine Besprechung mit dem Reichsanwalt statt, in der die bevorstehenden Verhandlungen in London über das Verfahren gegen die wegen Kriegsverbrechens angeklagten Personen in Deutschland erörtert werden soll. Die Abreise des Vertreters des Oberrechtsanwalts nach London wird Ende dieser Woche stattfinden. Bei der Besprechung soll es sich darum handeln, die bestehenden Unterschiede in der Behandlung von Gerichtsverfahren in England und Deutschland durch ein gegenseitiges Abkommen möglichst auszuhalten. Bei dem bisherigen Verfahren sind Schwierigkeiten dadurch entstanden, dass den Aussagen von Angehörigen der Ententestaaten die Zeugenauslagen der Deutschen so stoff gegenüberstanden und keine Möglichkeit gefunden werden konnte, eine Gegenüberstellung des Zeugen durchzuführen.

Kierenhi zu Bernsteins Enthüllungen.

Der Vorwärts erhält von dem ehemaligen Präsidenten der ersten allrussischen Republik, Kierenhi, ein Telegramm, in dem dieser die Darlegungen Bernsteins über die Beziehungen zwischen den Bolschewiki und dem Kaiserlich-deutschen Generalstab bestreikt und sich bereit erklärt, bei einer verantwortlichen Untersuchung der Angelegenheit vor Gericht auszusagen. Er schlägt vor, dieser Untersuchung einen internationalen Charakter zu geben. Gleichzeitig veröffentlicht der Vorwärts eine Erklärung Bernsteins, in der dieser sagt, dass die Behauptung, seine Angaben über die großen Summen, die Lenin und Genossen 1917 aus Mitteln des Kaiserlichen Deutschlands empfangen haben, faken lediglich auf Veröffentlichungen der Ententezeitungen, völlig aus der Luft gegriffen sei. Er habe Nähern über die gewaltigen Summen, um die es sich damals gehandelt habe, erst in neuerer Zeit von unverdächtigen und gut unterrichteten Deutschen erfahren. Bernstein erklärt dann am Schluss, er habe die Sache nicht zur Sprache gebracht, um sie wieder einschlafen oder auf ein falsches Gleis schieben zu lassen.

Neue Kohlenpreiserhöhung in Sicht!

Essen, 27. Januar. (T. U.) Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung erfährt, wird sich die am Freitag stattfindende gemeinsame Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates mit der Frage der Preiserhöhung eingehend zu beschäftigen haben. Es werden folgende Erhöhungen gefordert: Für das Rheinisch-Westfälische Kohlenbundeskartell 25 Mark, für Niederrhein 18.40 Mark, für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier 6 Mark für Kohleausfuhr und 19.70 Mark für Braunkohlenkohle, für das Westelberner werden die gleichen Sätze pro Tonne gefordert, alles ausschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer.

Umtriebe der Habsburger.

Paris, 20. Januar. (T. U.) Wie aus Warschau gesebet wird, haben zwei galizische Abgeordnete im polnischen Sejm einen Antrag eingebracht, der verlangt, dass die polnische Regierung sich gegen die Einsetzung der Habsburger ausspricht. Nach neueren Nachrichten sollen die Gerichte über Verhandlungen habsburgischer Agenten mit der Ukraine zwecks Errichtung eines eigenen Königreichs sich bestätigen.

Die kleine Entente gegen Habsburg, Hohenzollern und Konstantin.

Aus Prag wird berichtet: In einer der letzten Sitzungen des Ausschusses des Abgeordnetenhauses für Auswärtige Angelegenheiten wurde an den Minister Dr. Benes die Anfrage gestellt, ob die „kleine Entente“, die die beteiligten Staaten gegen eine eventuelle Rückkehr der Habsburger abgeschlossen haben, sich auch auf die Hohenzollern bezieht. Dr. Benes antwortete auf diese Anfrage in dem Sinne, dass ein solcher Vertrag gegenüber den Hohenzollern wohl nicht bestehen, da aber unter den Entente-Staaten in stillschweigendem Einverständnis und infolge der Friedensverträge die Überzeugung herrsche, dass weder Wilhelm II., noch der Kronprinz auf den Thron zugelassen werden dürfen. — Aus diesem Standpunkt gegenüber den Hohenzollern geht die Taktik gegenüber dem griechischen König Konstantin hervor, gegen den die Entente-Staaten solche Maßnahmen treffen werden, dass seine Stellung in den aller nächsten Monaten unhaltbar und seine Abdankung erzwungen werden wird.

England und Rußland.

Nach einer Londoner Mitteilung des Neuterschen Bureaus werden von englischer zuständiger Seite pessimistische Auswertungen, die Krassow in der Auslands presse über die Verhandlungen zwischen England und Rußland gemacht hat, als weitere Anzeichen dafür betrachtet, dass Krassow die Angelegenheit nicht ernst nehme, und dass sich der Verdacht bestätigt, dass Moskau nicht beabsichtigt, den Handelsvertrag auf der bereits vereinbarten Grundlage auszuführen.

Amerikas Stellung zur Abrüstungsfrage.

Aus New York wird berichtet: Auf ein an den Vorsitzenden des Flottenausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses gerichtetes Schreiben erklärte Senator Root, die Frage der allgemeinen oder teilweisen Abrüstung dürfe von den Vereinigten Staaten oder anderen Nationen nicht vor dem 4. April stattfindenden Regierungswchsel in Amerika besprochen werden. Nachdem die neue Regierung ihr Amt angetreten habe, müssten rasch Schritte getan werden, um ein allgemeines Vereinigungskommen in der Abrüstungsfrage zuwegen zu bringen.

Deutschland.

Berstechle Waffen.

Wie das Berliner Tageblatt aus Königsberg meldet, war der dortigen Entente-Kommission mitgeteilt worden, dass in einem militärischen Gebäude der Festung Königsberg sich noch Waffen in großer Zahl befanden, die „jetzt nicht ausgeliefert“ worden seien. Englisches und französisches Offiziere begaben sich mit dem deutschen Verbindungsoffizier nach dem Gebäude. Da der Schlüssel nicht zur

Stelle war, schlugen die Franzosen trotz des Einspruchs des deutschen Offiziers das Tor mit der Axt ein, durchsuchten die Räume, erklärten das vorgefundene Gerät für beschlagnahmungswürdig und kündigten eine Untersuchung an.

Neuwahlen zum Mecklenburger Landtag.

Der Landtag nahm einstimmig einen Antrag an, nach dem die Wahlperiode des Landtags am 15. März beendet sein sollte. Der Landtag beschloss, dass die Neuwahlen zum Landtag und die erste Wahl der Amisvertreter gleichzeitig am Sonntag, den 13. März 1921 stattfinden.

Beschwundene Anträge abstimmungsberechtigte Oberschlesier.

Nach einer Meldung aus Katowitz sind in der Zeit zwischen dem 25. und 26. Januar aus dem Einwohnermeldeamt der Polizeidirektion Katowitz etwa 500 bis 600 Anträge auf Ausstellung von Aufenthaltsbescheinigungen zu Abstimmungswesen hierlos verschwunden. Es wird deshalb aufgesondert, alle Anträge auf Aufenthaltsbescheinigungen sofort zu erneuern, damit keine Verzögerung in der Erlangung der Bescheinigung entsteht.

Zur sächsischen Landtagswahl.

Das noch ausstehende Mandat zum sächsischen Landtag haben die Mehrheitssozialisten bekommen, so dass die Partei 8 Mandate gegen 11 im alten sächsischen Landtag besitzt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Arbeiterverfolgungen in Elsaß-Lothringen.

Strasbourg, 22. Januar. (D. L.) Das Oberlandesgericht in Colmar verurteilte den Sekretär des Textilarbeiterverbandes (C. G. T.), Th. Pfaff in Schirmeck wegen angeblicher Aufreizung der Streikenden zu 6 Monaten Gefängnis ohne Strafauflauf und 500 Frank Geldstrafe.

Metz, 22. Januar. (D. L.) Der Forbacher Sekretär des Lothringer Bergarbeiterverbandes (C. G. T.), Schobert, ist verhaftet worden.

Großer Aufstand in Syrien.

Nach einem Bericht aus Moskau sind dort Meldungen von einem großen Aufstand eingetroffen, der im Gebiet von Aleppo ausgebrochen ist. Die französischen Truppen hätten Aleppo verlassen, wobei Ihnen die Araber drei Helikopter, viele Maschinengewehre und Gefangene abgenommen hätten.

Sowjetrepublik Syriant.

Am 13. Januar fand eine Tagung des 1. Kongresses der Kommunisten des Volksstamms der Syrjaner statt. Es wurde eine Resolution angenommen, derzufolge beschlossen wurde, den Volksstamm der Syrjaner als eine autonome sozialistische Republik auszuordnen. Ein Komitee der Kommunistischen Partei des Gebiets ist bereits gewählt und besteht aus 15 Mitgliedern. Ferner wurden für das Revolutionskomitee, das beauftragt ist, die Grenzen der Republik festzusehen, 10 Kandidaten aufgestellt.

Die Syrjaner sind ein kleines Völkerlein finnischer Abstammung in der Nähe von Archangelsk.

Vertreibungsmaßnahmen in Frankreich. Nach einer Meldung der Agence Havas haben sich die Betriebe einschränkungen bei mehreren Fabriken in Nancy erhöht. In den Schuhfabriken sind die Arbeiter nur 30 Stunden wöchentlich tätig. Auch aus Montauban werden Arbeitseinschränkungen gemeldet. Eine Weberei hat ihren Betrieb geschlossen, in einer anderen Weberei wird nur zwei Wochen monatlich gearbeitet.

Starke Wachen des französischen Beamtenheeres. Der Berichterstatter der Finanzkommission der französischen Kammer Charles Dumont hat festgestellt, dass Frankreich augenblicklich 100000 Beamte mehr hat, als vor dem Kriege.

Ende des spanischen Beamtenstreiks. Nach einer Meldung aus Madrid haben die Angestellten des Finanzministeriums in ganz Spanien die Arbeit wieder aufgenommen.

T. de Valera in Paris? Die Londoner Zeitungen melden aus Dublin, dass der Präsident der irischen Republik, de Valera, in Paris aufhält.

Schwere Verluste der Griechen in Kleinasien. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Konstantinopel sind über 2000 Verwundete von der griechischen Armee in Kleinasien in Konstantinopel eingetroffen. Es bestätigt sich, dass die griechischen Truppen in Kleinasien schwere Verluste erlitten haben.

Regestand in Havanna. Nach in Rotterdam eingetroffenen Nachrichten ist in Havanna ein Regieraufstand ausgebrochen. Die Regierung hat Truppen ausgesandt, um den Aufstand zu unterdrücken. Auf der ganzen Insel ist der Kriegszustand erklärt worden.

Weitere Anschläge und Verhaftungen in Spanien. In Bilbao wurde nach einer Havamedlung ein großes extremistisches Komplott aufgedeckt und 22 Personen, Männer und Frauen, verhaftet. Einer der Verhafteten behauptete, dass die Extremisten Todesschläge gegen zahlreiche Fabrikdirektoren und Leiter industrieller Unternehmungen angeordnet hätten. Madrider Zeitungen berichten, dass das Personal einer Papierfabrik, das entlassen worden war, die Fabrikgebäude in Brand stellte. Die ganze Fabrik wurde ein Raub der Flammen. Der Schaden ist sehr groß.

Kongress der italienischen sozialistischen Partei.

Livorno, den 19. Januar.

5. Tag.

In Tours traten, in Livorno höllenartiger Lärm. Ein Sturm löste den andern ab und die stete Sorge, dass die Leidenschaft sich in einer Reißerei Läuft mache, lässt die Trägheit, die über die italienische Partei hereingebrochen ist, für den Augenblick wenigstens zurücktreten. Vielleicht empfindet man aber diese Trägkeit auch deswegen weniger als in Tours und selbst auch als in Halle, weil hier schon geschlossene Parteien auf einem Kongress gegenüberestanden, von denen jede schon zuvor ihren eigenen Parteitag abgehalten hat. Tatsächlich macht auch der ganze bisherige Verlauf des Parteidages mehr den Eindruck einer großen Volkssammlung, in welcher die einzelnen Redner durch oratorische Feuerwerke um die Gunst der Hörer ringen, als den eines Kongresses, wo unter Verzicht auf allen rednerischen Glanz Meinung deren Meinung, Urteil gegen Urteil scharf abgewogen werden.

So hatte Serrati, der Chefredakteur des Avanti, der heute nach dem Kommunisten Bordiga sprach, seine Aufgabe aufgefahrt.

„Ich will hier keine blendende Rede halten,“ meinte er, „ich spreche als Politiker und belege meine Behauptungen mit Dokumenten.“ Dabei öffnete er seine Mappe und holte aus ihr einen Stock Broschüren, Zeitungen und Ausschnitte hervor, von denen jedes einzelne Dokument bald Sturm des Beifalls, bald Sturm des Widerspruchs entfachte. Er sagte: „Ich habe mit einem gewissen Schmerz die Null... vernommen, die die dritte Internationale in dem von Kobaltschew verlesenen Schreiben gegen unsen Internationalen gerichtet hat. Mit Schmerz, aber auch mit Beschiedigung, diese Anklagen beweisen nur, wie schlecht uns Moskau kennt und wie es noch schlechter uns beurteilt. So wird uns belästigt, zum Beispiel gemacht, dass wir nur unter dem Druck der Massen nach links gegangen seien, während doch bekannt ist, dass wir schon links gestanden haben, als die Massen in nationalistischer Trunkenheit vor uns Fenster zogen und uns auspissten. Die dritte Internationale bezichtigt uns ferner des Opportunismus. Dasselbe treibt sie selbst den allgemeinen Opportunismus.“

Da gerade ein bulgarischer Genosse die Anklagen gegen uns verlesen hat, so können wir auch einen Blick in sein engeres Heimatland werfen. Da haben während des Krieges die Weitberigen den Krieg unterstützt und sind auch nach der Regierungsumbildung selbst vor Arbeitseinschränkungen nicht zurückgeschreckt. Wie stehen nun die bulgarischen Kommunisten zu dieser Partei? Sie haben große Teile von ihr in die eigene Partei aufgenommen, darunter auch Verantwortliche an den von den Weitberigen begangenen Verbrechen. Es ist auch bekannt, dass die dritte Internationale

bürgerliche Zeitungen in England unterstützen und fördern, das der italienische Vertreter Sovjetruhlande, wie möchten Tariq vorstellen, damit er einige Koncessionen für Russland bei Violiti durchsetze. Diese Fülle ebenso ungewöhnlichen wie bedenklichen Opportunismus könnte ich noch beliebig erweitern.

Zu Bologna hat unsre Partei den Abschluss an die 3. Internationale beschlossen. Zu diesem Abschluss stehen wir noch heute und wollen in der 3. Internationale verbleiben. (Nur: Nein — das ist nicht wahr!) Nun distanziert uns aber Moskau 21 Punkte und verlangt von uns deren rückhaltlose Annahme. Dazu sind wir auch bereit, aber wie müssen über die Auslegung und Anwendung einiger Punkte noch mit dem Exekutivomitee sprechen. Ich habe Moskau schon früher darauf aufmerksam gemacht, dass es verhältnismäßig leicht ist, einige Personen aus der Partei zu entfernen und schließlich auch einige Sektionen neu zu gründen. Anders aber bei wirtschaftlichen Organisationen. Hier kann jede Sektion deren empfindlichsten Kern verlieren und den unheilvollen Aufbau langer Jahrzehnte an einem Tag zerstören machen. Daher verlangen wir von Moskau Zeit, Partei und Organisationen mit möglichst geringem Kraftverlust umzuwandeln und lehnen eine plötzliche Zersetzung ab.“

Außerdem bespricht dann Serrati den von Moskau gegen über der französischen Partei besetzten Opportunismus. Zu einem zwischen Sinojew und Renoult justierte gekommenen Pakt seien drei bedeutende Koncessionen an die französische Partei gemacht worden. Die erste hinsichtlich des Namens, die zweite hinsichtlich der Gewerkschaften und die dritte bezichtigt sich auf die Ausbildung. Vor dem Kongress in Tours hatte der französische Kommunist Loriot in einem Brief Serrati nahegelegt, den Genossen Modigliani unter allen Umständen fallen zu lassen. Er verlorne zwar die Verdienste Modiglianis im Kriege nicht, dessen Haltung der von Cachin ganz entgegengesetzt war. Und in demselben Briefe habe Loriot gesagt, dass die Kommunisten nur deswegen Cachin in ihren Reihen duldeten, weil sie arm an Kräften seien.

An Italien aus Reden des Genossen Grossford zeigt Serrati, dass sich der Generalsekretär der neuen französischen kommunistischen Sektion, die Sinojew in einem Telegramm so herzlich willkommen heißt, wiederholte in ganz offenen Widerworts zu Moskau setzt und den Moskauer Bedingungen noch eine viel weitberigere Auslegung gibt, als Serrati dies je getan hat.

Eine besondere Beachtung gewährt Serrati dem Chefredakteur der Humanité, Marcel Cachin, der zum Vorstand der französischen Kommunistischen Sektion der 3. Internationale gehört. Marcel Cachin war den ganzen Krieg über ein leidenschaftlicher, durch seine sozialistischen Anhänger gehemmter Nationalist, der nicht nur während des Krieges nach Italien kam, um auch unsre Partei für die Unterherrschaft der Entente-Mallitik zu gewinnen, sondern der sogar nach der Kerenki-Revolution nach Italien kam, um bei Kerenki auf Fortsetzung des Krieges zu dringen. Dies zu einer Zeit, als Serrati schon mit den russischen Bolschewiken für Friedensschluss lämpfte. Cachin sei außerdem Freimaurer. (Zwischenruf: Er hat dies verneint!) Serrati: „Ich bleibe trocken bei meiner Aussage.“ Cachin ist Freimaurer und die Freimaurer trifft eine große Schuld an der Kriegspolitik der französischen Partei. In dem Vorstand der Kommunistischen Partei Frankreichs ist noch ein anderer Freimaurer.“

Serrati erinnert daran, wie gewaltig die Partei in der letzten Zeit erstaunt ist. „Zweifellos sind viele heute bei uns, die uns noch gestern bekämpft oder die gegen den Sozialismus gekämpft haben. Und es ist auch eine leicht zu beobachtende Entwicklung, dass besonders viele dieser Jungen heute links von uns stehen oder zu stehen vermögen. Dafür bitte ich, uns, die wir seit Jahrzehnten unbefriedigt und makellos zur Fahrt des Sozialismus gefahren haben, etwas mehr Vertrauen entgegenzubringen. Unsre Vergangenheit gewährt uns ein Recht hierauf. Gehen wir unserer Einsicht nicht unüberlegt preis. Alle Erscheinungen deuten darauf hin, dass im Frühjahr eine neue Offensive gegen das Ikonen heute nicht in einem reaktionären Stil eingeschlagen ist. Die italienischen Metallindustriellen haben große Aufträge in Unionen erhalten und bei der Textilindustrie liegen Ordres auf Uniformen vor. Die italienische Partei ist heute noch die einzige, welche auf ihre Regierung Einfluss besitzt. Dieser Einfluss kann für Rußland nicht gleichgültig sein. Erhalten wir darum diesen Einfluss.“

Zum Schluss beschäftigt sich Serrati mit der kommunistischen Fraktion der Partei und zeigt wiederum an Hand von Italien, dass sie schon heute alles andre als homogen ist und den Reim zu neuen Spaltungen schon in sich trägt. Er fordert die Mitglieder auf, sich der Disziplin der Partei zu fügen und hofft, dieses Verlangen auch an die Rechte stellen zu können.

Die ganz im Gegenzug zu allem bisher Schönen, ohne jedes oratorische Beiwerk vorgetragen, dafür um so lebhaft auf einwandfreiem Material fuhrenden Ausführungen lösen einen sichtbaren Eindruck aus. Die meist so vernehmbare Linke schweigt zum ersten Male betroffen.

Von Nah und Fern.

Schweres Eisenbahnmüll in Erfurt.

Erfurt, 26. Januar. Heute nachmittag gegen 2 Uhr juhu auf dem Güterbahnhof, wie die Thüringer Allgemeine Zeitung erfährt, der Personenzug Nr. 615 einem Güterzug in die Flanke. Hierbei wurden beide Lokomotiven schwer beschädigt und einige Waggons eines Personenwagens eingedrückt. Es sollen zahlreiche Personen verletzt sein.

Erfurt, 26. Januar. Nach dem amtlichen Bericht sind bei dem Eisenbahnmüll auf dem Güterbahnhof 14 Personen, darunter einige Schüler, schwer verletzt worden; Todesfälle sind nicht vorgetragen. Der Materialschaden ist groß.

Wieder ein Bandenübersall im Harz.

Blankenburg (Harz), 26. Januar. Eine dreiköpfige Bande überfiel gestern abend den Bahnhof Einbeck. Der bestagte Stationsvorsteher wurde mit einem Revolver niedergeschlagen und seine Ehefrau gezwungen, beim Durchsuchen der Räume hilflos zu sein. Der Bande ist nur eine kleine Beute, etwa 70 M. und verschiedene Schmucksachen aus dem Privatbesitz des Bahnhofsvorstehers in die Hände gefallen. Die Telefon- und Telegraphendrähte waren vor der Tat durchschnitten worden.

Die schwarzen Posten in Posen.

Danzig, 24. Januar. Der Magistrat und die Gesundheitskommission der Stadt Posen geben durch Anschlag die Verbreitung der schwarzen Posten in Posen bekannt.



Billige Lebensmittel

Schweineschmalz schneeweiß	Pfund	12 50
Margarine	Pfund	10 80
Kunsthonig	Pfund	4 70

Viktoria-Erbsen	Pfund	2 25
Grüne Erbsen	Pfund	1 70
Gelbe halbe Erbsen	Pfund	2 50
Weisse Bohnen Rangoon	Pfund	1 70
Perlbohnen	Pfund	2 75
Haferflocken	Pfund	3 40
Maisgrieß gelb	Pfund	2 60
Maisgrieß weiß	Pfund	3 65
Mohn blau	Pfund	7 20
Bosn. Pflaumen	Pfund	5 40
Kaffee gebrannt	30 00	26 00
Kaffee roh, Santos	Pfund	19 50
Kaffee-Ersatz	Pfund	1 90
Speisesalz	10 Pfund	2 25
	1 Pfund	2 50

Malz-Kaffee Pld.-Pak.	3 90
Wan-Eta-Kakao engl. Pfund	17 50

Billige Schuhwaren

Halbschuhe, Box, moderne Form, Lackkappe, Lederfutter	92.-
Halbschuhe, Cromchevreaux, breite Form, Lackkappe	115.-
Damenstiefel, elegant, Lackkappe	125.-
Damenstiefel, moderne Form, Lackkappe	135.-
Damenstiefel, Rindbox, dauerhaft	145.-
Damenstiefel, eleg. Flügelkappe, Hochschaft	160.-
Damenstiefel, moderne Form, Lackkappe, Hochschaft	180.-
Damenstiefel, hellbraun Chevreaux, Hochschaft, sehr elegant	255.-
Herrenstiefel, in Rind-Chevreaux u. Rindbox	165.-
Kinderstiefel zum Strapazieren 27-30	45.-
	31-35 55.-

Stoff-Hausschuhe durchgehende Ledersohle Absatzleck 36-42	32.-
Plüsch-Pantoffel für Damen und Herren	19. 50

Billige Schuh-Tage

Enorm billiger Verkauf von Einzelpaaren und Restbeständen, die sich während unseres Inventur-Verkaufs angesammelt haben.

Preise sind nochmals herabgesetzt!
Beginn: Freitag, den 28. Januar, vormittags 9 Uhr.

Herrenstiefel zum Teil feinste Rahmenware

129. 00
188.00 163.00 149.00

95. 00

Damenstiefel verschied. Ledersorten, hauptsächlich Boxcalf u. Chevreaux, auch Lackbes., 185.00 165.00 145.00

76. 00

Damen-Halbschuhe braun und schwarz, Lack, Boxcalf und Chevreaux

129.00 118.00 98.00 85.00

enorm billig.

Kinderstiefel Liebermann & Co.
Reichsstr. 4/6 :: Eisenbahnstr. 55

50 ostfriesische Milchsäfte

verlässlich. Besitzer nur Zeit verjöglich zu lorenre Leivais, Continental-Hotel am Hauptbahnhof. Joko Valk aus Emden (Ostfriesland).

Billig kaufen Sie
Röcke und Blusen modern. Form., gute Stoffe
P. Schmitz Nachf. Nikolaistrasse 5 36 Spids-Hof-Passage, Laden 36

Sung! Billiges Angebot von Weinbrand-Kognak 38/40% per Ltr. 82.- Mlt. Weinbrand-Kognak 38/40% per Ltr. 48.- Mlt. Rum 40% per Ltr. 60.- Mlt. Rum 40% per Ltr. 47.- Mlt. In 1917er franz. Rotwein per Ltr. 19.80 Mlt. versteigert in 1917er franz. Rotwein per Ltr. 16.20 Mlt. versteigert Karl Müller, Hässler-Nachf. Leipzig-Sell., Würzner Straße 29 Telefon 60490.

KARNEVAL SCHERZ u. LÄRM ARTIKEL MÜTZEN MASCHEN KOSTÜME Katalog verlangen Rich. Lipinski LEIPZIG Königstr. 12.

Haut-, Gesichts- u. Hornhaut, vors. norm. Schwämme behandl. Dr. med. Derl. nicht abrohrbar. Mittl. naturw. Geleicht. Leipzig, Kurprinzipalstr. Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. on gross on detail

Holzschu- und Pantoffelfabrik **Reitde Dorn** Telefon 19834. Spezialität: Echt Lederschuh mit Holzsohle Holzschu- und Pantoffelholzs. Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Verkaufs- u. Annahmestellen: Hauptgeschäft 2. Stötzterh. Wallstraße 10, 3. Meile, St. Peter, Moltkestr. 33 und Sellerh. Würzner Str. 43.

Conrad Müller Buch- und Steinzeugfabrik Schkeuditz-Leipzig seit 1845. Ausstellung im Geschäft. Fabrikat: Gussblech, Eisen, Messing, Blech, Metall, Zinn, Porzellan, Keramik.

Seltenes Angebot! Schuhwaren

Damen-Stiefel solide Ausführung .. 98.50
Damen-Halbschuhe solide Ausführung .. 82.75

Herren-Stiefel solide Ausführung .. 135. —

Knaben-Stiefel 27/30 31/35 36/39

75. — 85. — 135. —
Kinder-Stiefel ebenfalls in Leder von 24.75 qm

Obige Waren werden an Private sowie Händler schnellstens geräumt. Geschäftszeit: 9-1 und 3-6½ Uhr.

Verkauf findet im Parterrelotafel statt.

Schuhwaren on gross — detail Gerberstr. 5

Billigste Bezugsquelle für Tabak-Raucher!

Ia Prolos - Rauchtabake

15 Prozent unter Preis! Zigarren — Zigaretten.

Beyers Tabakhaus, Nürnberger Straße 40.

Achtung! Gelegenheit! Stores (Friedensqualität) Mlt. 72. — 98. — 110. — Bettwäsche (weiß u. bunt), Bett- u. Küll. Mlt. 138. — Tasch-, Hand-, Wischtücher, Mlt. 2.90 5. — 5.50 Dowlas Mlt. 22. — Damast u. Stangenl. Mlt. 23 für Händler und Wiederverkäufer günstig. Gardinen- u. Wolldecken Kühn, Leucht. Hauptstr. 20.

Welt-Theater

Tel. Barfußgasse — Am Markt.

Vom 21. bis 27. Januar 1921

2 sensationelle Erstaufführungen 2

Der Kampf zwischen Verbrecher und Geheimpolizei
(Sein Doppelgänger)

mit Louis Ralph als Toni Tomps — Detektiv-Serie 1921 —

und Die Prinzessin vom Nil

Die Geschichte der sündigen Prinzessin Naome die ob ihrer Frevelaten lebendig eingemauert wurde.

In der Hauptrolle mit Lya Mara

Julius Falkenstein Ellen Uri.

Zeitiges Kommen — sichert guten Platz.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, Sonnabends 3½ Uhr, Wocheztags 4½ Uhr.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. Januar.

Parlangelegenheiten.

Frauenagitationskomitee Groß-Leipzig. Freitag, den 28. Jan. abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus. Zimmer steht an der Tafel.

Betriebsräte. Gruppenrat VI, Papierindustrie und graphisches Gewerbe. Heute abend 7 Uhr Sitzung im Kartell, Rm. 101.

Don Quichotte und Kompagnie.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten begann mit einer Trauerkundgebung — der Vorstehrer Genosse Seeger gedachte in herzlichen Worten der Opfer von Oelsnitz —; sie endete mit einer Komödie. Der Inhalt der Komödie war ein alter Bekannter: Der Antrag des Rates, die Klagen gegen Friedrich Geyer auf Zahlung von 23 000 M. Schadensatz, die im März 1919 bei der bekannten Vierhunderttausend-Mark-Affäre der Stadtkasse verloren gegangen waren. Die Stadtverordneten haben schon einmal die Klageerhebung abgelehnt, aber der Rat ist zäh, der Bürgerausschuss hat nicht umsonst seine schiedenden Beauftragten.

Die Personen in dem Komödienstück waren Friedrich Geyer (abwesend), der Oberbürgermeister Dr. jur. et phil. h. c. Karl Wilhelm August Rothe und — na, wer säme denn anders in Frage als — Pfarrer Jeremias. Dieser brave Diener der christlichen Nächstenliebe stieg wieder einmal in die Arena als Kämpfer für die „Gerechtigkeit“, natürlich „wie ich sie verstehe“. Mit erstaunlich viel Gehirnsschmalz hat der Sozialistentöter herausgefunden, daß der Rat zur Erhebung der Klage überhaupt keine Zustimmung der Stadtverordneten braucht. Man weiß nicht genau, ob Herr Jeremias diese Weisheit aus den Leipziger Neuesten Nachrichten hat oder ob die L. A. N. diese Weisheit von Herrn Jeremias bezogen haben. Theologen mögen sich darüber streiten, ob Herrn Jeremias etwa gar eine göttliche Offenbarung zuteil wurde. Wie dem aber auch sei: Herr Jeremias hat sich wieder einmal umsonst bemüht! Selbst sein Verbündeter lehnte dankend ab. Der Oberbürgermeister erklärte, so wie Herr Jeremias es wolle, gehe es nicht. Abgesehen! Vom eignen Kampfgenossen im Stich gelassen! Der große Preisboxer des Bürgerausschusses quält sich verdutzt im Hause um: überall höhnische Gesichter. Aber wir wissen ja: der Pfarrer ist unverdrossen! Viel Glück zur nächsten Blamage!

Der Oberbürgermeister schüttelte den Pfarrer nicht ab, weil er dessen Bestrebungen nicht billige, sondern weil sein Vorgehen zu plump war. Der Ober versteht sich besser darauf. Naßglatt tänzelt er, mit verstekten Verdächtigungen im wohlgeordneten Fluss der Rede, wobei er sich vortrefflich mit dem Mantel des öffentlichen Interesses zu trapiieren weiß. Er wärmt den alten Entrüstungsstoß gegen Friedrich Geyer wieder auf, der dadurch wieder festes neugschmauschter wird. Ausgerechnet der Oberbürgermeister entdeckt sich! Der doch wahrhaftig an dem Verlust der 23 000 M. nicht so ganz schuldlos ist. Gestern abend war sich der Herr Ober der Situation vom März 1919 nicht mehr ganz bewußt, sonst hätte er daran denken müssen, daß er flappernd vor Angst die Anweisung auf die 400 000 M. unterschrieb. Hätte er die Unterschrift verweigert, dann hätte der Stadt überhaupt kein Verlust entstehen können. Aber er unterschrieb, weil er sich vor der Verhaftung — vor einer einfachen Inhaftnahme — fürchtete. Karl Wilhelm August Rothe, das war kein Heldenstück! Der Ober hätte auch daran denken sollen, daß er es war, der erst den Beamtenstreit dadurch ermöglichte, daß er die Anweisung gab, die Gehälter der Beamten ein paar Tage vor dem Fälligkeitstermin auszuzahlen, damit die Beamten streiken könnten. Erst durch diesen Beamtenstreit wurden viele Leipziger Einwohner in schwere Bedrängnis gebracht, weil sie die fälligen Unterstützungsätze nicht ausgezahlt bekamen. Darauf griff bekanntlich der Arbeitserrat ein, in dessen Auftrage Friedrich Geyer die 400 000 M. erhob, um wenigstens die ärzte Not zu lindern: bei der Auszahlung der Unterstützung sind dann die 23 000 Mark Verlust entstanden. Die ganze Entrüstungshose ist dem Bürgerausschuss und seinen Beauftragten wertvoller als die 23 000 M., für die Oeffentlichkeit aber und für die Leipziger Einwohner ist sie nicht einen Dreier wert. Es lohnte nicht, gegen den abgestandenen Schwanz noch einmal aufzutreten; das Kollegium nahm sich nicht die Mühe. So blieben Don Quichotte und sein gewichtiger Kompagnon allein. Es hatte keinen Zweck mehr, darüber zu diskutieren, die

Jimmie Higgins

Bon Upton Sinclair.

67]

III.

Dies war nicht das letzte Wunder. Am folgenden Tag schien eine allgemeine Erregung den Saal erfaßt zu haben, es wurde gepunkt und gewalzen, obwohl ohnehin alles von Sauberkeit blinkte. Jimmie fragte, was los sei, und die Pflegerin entgegnete mit nedendem Lächeln: „Wir erwarten hohen Besuch, doch wird dies einen klassenbewußten Proletarier keineswegs interessieren.“ Sie wollte auch nicht mehr verraten, als sie jedoch hinausging, sagte Jimmies Nachbar: „Der König und die Königin kommen.“

„Blödsinn“ — rief Jimmie, überzeugt, daß er zum Narren gehalten werde.

„Sie kommen, die Opfer des torpedierten Schiffes zu besuchen. Ich rate Ihnen, Ihr sozialistisches Geschwätz heute für sich zu behalten.“

Jimmie fragte die Pflegerin. „Ja,“ erwiderte sie — „der König und die Königin werden heute die Opfer des U-Bootes besuchen. Doch dürftest du dies, wie gesagt, nicht interessieren. Wollen Sie nicht in ein Privatzimmer getragen werden, damit ich Ihren revolutionären Augen kein Vergnügen biete? Oder wollen Sie Seiner Majestät eine Rehe halten?“

„Er wird wohl keine Zeit für mich übrig haben“ — meinte Jimmie.

„Seien Sie dessen nicht zu sicher; er hat ja nichts andres zu tun, als zu reden.“

Jimmie verzerrte, er merkte, daß der weiße Engel ihm aussähe. Er war nicht gewöhnt, von Frauen ausgelacht zu werden und wußte nicht, wie er sich dem gegenüber verhalten sollte. Er ahnte ja auch nicht, daß die Honourable Beatrice eine Suffragette war und aus Prinzip alle Männer auslachte. Jimmie lag mühsam still und befämpfte die unwillkürliche Erregung, welche seine Seele erfüllte. War es aber denn nicht seltsam? Er, ein kleiner Arbeiter von irgendwoher, der auf Gemeindekosten aufgezogen war, und sein halbes Leben auf der Wiese verbracht hatte, — wird mit dem König von England zusammentreffen? Jimmie hatte eine einfache Art, mit Königen fertig zu werden, er nannte

„unrechte Jugend“. Sind etwa die Preise von 150 M. zu teuer?

sie „Popanze“ und damit waren sie für ihn erledigt. „Ich will mit den Popanzen nichts zu tun haben“ — hatte er zum weinen Engel gesagt.

Jetzt aber kommt so ein Popana ins Spital! Was sollte Jimmie anfangen? Wie zum Teufel redet man diese Leute an? Muß man ihnen „Eure Majestät“ sagen? Jimmie ballte unter der Decke die Fauste. „Der Teufel hol mich, wenn ich das tu!“ Er beschwore seinen ganzen revolutionären Eifer heraus, die Geister seiner radikalen Internationalistenfreunde, des wilden Bildes, des Erdbeer-Curran, des flachköpfigen Joe und Chuk Petersens. Wie würden diese sich in einem solchen Fall benehmen? Wie würde der Kandidat sich verhalten? Jimmies revolutionäre Bildung war entschleiden vernachlässigt worden — seine sozialistische Ortsgruppe hatte ihn darüber belehrt, wie sich ein Genosse zu verhalten habe, wenn ihn ein Popana besuchen kommt.

Jimmie war von Natur aus ein wohlwollendes Geschöpf, war gerne bereit, dem Wohlwollen anderer freundlich entgegenzutreten. Gestatte ihm jedoch die revolutionäre Moral, gegen einen König höflich zu sein? War es nicht Jimmies Pflicht, seine Verachtung für einen Popana zu zeigen? Vielleicht hatte noch nie jemand gewagt, sich „Seiner Majestät“ fühn entgegenzustellen. Nun, heute wird er das erleben!

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Konzerte. Die Intelligenz eines Musikers zeigt sich schon in der Zusammenstellung seines Programms. Herr Franz Hemer hat uns darin einen guten Geschmack bewiesen, denn vertreten waren Beethoven, Handel, Locatelli, Tartini. Im Besitz eines kleinen, hilfschen Tons mit guter, durchgebildeter Technik spielte er das D-Dur-Konzert von Handel wie die prachtvolle D-Dur-Sonate des alten Italieners Locatelli im guten klassischen Stil und mit innerer Wärme. Frau Hilde Hemer-Stelldorf (Klavier) ist eine musikalische Natur, die das Sonatenmusizieren gut versteht. — Die vom Arbeitersbildungsinstitut für die sozialistische Proletarier-Jugend veranstaltete Liebnecht-Luzemburg-Feier ist an schlechten Besuch. Wo steht denn

auszubauen. Nur darf man uns bei unseren Arbeiten nicht in den Rücken fallen durch Unterstützung der englischen Querulantengen. Ebenso verhält es sich bei der Beisetzung anderer, jeden einzelnen betreffenden Harten, z. B. der 25. Wochenfälle. Diese Fragen werden nur durch den Druck der großen Masse, durch die Macht der Straße entschieden und haben zur Voraussetzung die Einigkeit der Arbeitslosenbewegung.

Ueberhaupt bedingen die Aufgaben, die uns bevorstehen, eine geschlossenheit in den Reihen der Arbeitslosen, erfordern, daß sich die Arbeitslosen einmütig hinter ihre Vertretungen, die Arbeitslosenräte, stellen.

Guten Tag! Ihr habt nun auf Grund des Ratesystems gewählt. Ihr habt uns euer Vertrauen geschenkt, ihr habt die ständige Kontrolle über uns, ihr könnt uns jederzeit antreten lassen. Aber so lange wie euer Vertrauen genügt, verlangen wir, daß ihr uns Parolen mit eiserner Disziplin befolgt.

Ihr kennt die Entschlüsse der Roten Fahne über die Pläne der Watersländischen Königspartheid: „Sie wollen nicht davor zurücktreten, allgemeine Unruhen zu propagieren“.

Guten Tag! Wir dürfen uns nicht hinsetzen lassen lediglich von der Stimmung, die die immer schlechter werdende Lage in uns erzeugt, sondern wir müssen auch Aermelöffnung mit der allgemeinen Arbeiterbewegung behalten, die wir um so besser vorwärts treiben können, je weniger wir uns in strikten Gegensatz zu ihr stellen.

Die Verbindung zwischen Arbeitslosenrat und dem Arbeitslosenverein wird eine engere und kontrolliertere werden durch das System der Berufsvertreter, das zugleich eine Vereinfachung der Arbeiten und die leichtere Abstellung von kleinen Leibern bedeutet.

Guten Tag! Größtet uns alle eure Schwierigkeiten, macht uns praktische Vorschläge!

Hört mit den Querulantengen der Selbsthilfeorganisation!

Hört mit den plötzlich auftauchenden Radikalisten, den Prowesten der Orgel!

Hört nur auf eure Interessenvertretung, die Arbeitslosenräte! Und sei nicht seige, wenn ihr zum Handeln aufgerufen werdet!

Leipzig, am 24. Januar 1921.

Der Arbeitslosenrat Leipzig:

Die Berufsvertreter der arbeitslosen unerlernten und landwirtschaftlichen Arbeiter, der Schneider, Angestellte, Apotheker, Bäcker und Konditoren, Bauarbeiter, Zimmerer, Buchdrucker, graphischen Hilfsarbeiter, Fleischer, Gastwirtschaften, Holzarbeiter, Sattler, Tapizer, Lederarbeiter, Maler, Lackierer, Metallarbeiter, Techniker, Müller, Transportarbeiter, Steinarbeiter, der Erwerbsbehinderten und der arbeitslosen Jugend.

Kommunisten unter falscher Flagge.

In den Betrieben sind, wie man uns schreibt, die Kommunisten im einzelnen recht rege beim Sammeln für ihren Pressesonds, erstaunlicherweise nicht mit dem gehofften Erfolg. Daß sie dabei immer noch unrechtmäßig den Namen U. S. S. R. Groß-Leipzig gebrauchen, ulmmt weiter nicht Wunder, denn das gehört zur Kampferweise vieler Kommunisten. Um so mehr müssen unsere Partei- und Gewerkschaftsgenossinnen und Genossen diesen Zersplitterten der Arbeiterbewegung entgegentreten und ihre unehrliche Handlungswise feststellen. Dieses fällt nicht schwer, zumal wo unrechtmäßige Namen und Stempel Verwendung finden, aber auch die meisten der radikalen Kommunisten können dem wissenschaftlichen Sozialismus nicht standhalten. Wir fördern die Einheitsfront des Proletariats, wenn wir den Kommunisten überall energisch entgegentreten.

Warnung für Schneidermeister und Schneidergeschäftsinhaber! Jenes Diebespaar, das bereits im vorigen Jahre mit Erfolg hiesige Schneidergeschäfte heimlich, tritt, wie uns die Schneiderinnung mitteilt, neuverdient hier wieder auf. Die Personen, ein Mann und eine Frau, etwa Mitte 20, gut gekleidet, gewandt und vertrauenerweckend aufstrebend, lassen sich in Schneidergeschäften unter dem Vorzeichen, irgendwelche größere Bestellung zu machen, Stoffe vorlegen und benutzen jede passende Gelegenheit, einen Diebstahl ausführen zu können. Meist gelingt ihnen dies dann, wenn sie den Geschäftsinhaber durch irgend etwas von der Auferksamkeit ableiten können oder wenn er sich in einen anderen Raum begeben muß. Haben die Spitzbuben ihre Absicht erreicht, verschwinden sie, ohne eine Bestellung zu machen, eilig. Sie stehlen meist kleinere Coupons (bis 3 Meter), die sie unter ihren Mänteln unauffällig verborgen. Es sei hiermit vor den Spitzbuben gewarnt; man lasse sie beim Auftreten dingfest machen.

Eine Fahrtkartenausgabe ist beim Rehant, Markt 4, eingetragen. Sie verläuft wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends und Sonntags von 9 bis 12 Uhr vormittags Eisenbahnhäfen zu amtlichen Preisen nach dem In- und Auslande, vermittelte Schlagschwellenplätze, schließt Reisegepäckversicherungen ab und erlaubt unentgeltlich Austausch in allen Fragen des Eisenbahns.

Herr Michael Rossert als Pianist und Begleiter bewies eine gesunde, musikalische Intelligenz. Frau Hanke-Zuleger sang mit innerer Wärme Lieder von Brahms, Liszt und aus dem Italienischen Lieberbuch von Hugo Wolf gesegnet. Blumengruß, Knakons Grab. Die Gedächtnissrede des Genossen Jensen war mit revolutionärem Geist durchdrungen. Möge sich unsre Jugend seine Worte beherzigen: „Es gibt keine Barleihen, sondern diese zwei großen Helden sollen euch ein Beispiel sein, daß auch ihr wie sie bis zum letzten Atemzug Kämpfer der Tat seid! Ihnen folgt nach!“ Die Gedichte von Bruno Schönlanck, Herder, Karl Liebnecht, F. Freiligrath wurden von jugendlichen Proletarien, wenn auch nicht künstlerisch, so doch mit Begeisterung und Feuer vorgetragen, das man seine Freude dabei hatte. — Um im Kunstgesang etwas zu leisten, gehört mehr dazu, als uns Herr Sonnabend-Sonini bot. Er besitzt einen hübschen Bariton, aber in der Höhe fehlt noch die Leichtigkeit. Mit der Wahl seiner Lieder war er vorsichtiger, er hatte nur slavische Liedermeister, Rubinstein, Tschauder und den Polen Kowalski bevorzugt; denn bei Schubert, Schumann oder Wolf hätte er mit so einem Vortrag vollständig versagt. Frau Mimi Possion war in ihrer Begleitung etwas zu dramatisch.

Schauspielkunst. Der am Sonnabend stattfindenden Eröffnung von Büchners Woyzeck (Woyzeck) liegt die von Georg Witkowski nach den Handschriften des Dichters herausgegebene Ausgabe zugrunde, die bisher noch nicht gespielt worden ist. In diesem Sinne ist die Aufführung alle eine Uraufführung. Otto Werther, der die Regie führt, hat auch die Bühnenbearbeitung beorgt. Georg August Koch spielt die Titelrolle, die anderen Hauptrollen geben Otto Werther (Tambour-Major), Alfred Wöhrel (Doktor), Kurt Neukircher (Süde), Annemarie Niemann (Marie), Stella David (Alte Frau), Melanie Krüger-Michaelis (Wittin).

Die Erstaufführung der Großen Katharina von Shaw ist belegt mit Linda Carlens (Titelrolle), Nora Nitsch (Barbara), Grete Doepelius (Clare), Georg August Koch (Potemkin), Bernhard Wildenhain (Edstalon). Regie: Otto Stoedel. Bühnenbilder zu beiden Stücken von Franz Nitsch. Die Erstaufführung beginnt ausnahmsweise um 17 Uhr. Die Nachmittagsaufführung des Märchens fällt am Sonnabend aus. Die für die Vorstellung gekauften Karten haben Gültigkeit für Mittwoch, den 2. Februar nachmittag.

personenverkehrs. Die Stelle ist auch telefonisch unter 12 425 bis 12 420 zu erreichen.

Das Vehlingswesen im Elektro-Installations-Gewerbe. Die Eltern werden gewarnt, bis auf weitere die Schule verlassenden Kinder dem Elektro-Installationsgewerbe zugewiesen, da in diesem Gewerbe ein großes Nebenangebot an Arbeitskräften vorhanden ist. Zuwidderhandlungen gegen die Anordnung können bestraft werden. Den Eltern wird empfohlen, wegen Vermittlung von Lehrstellen die Berufsbildungsstelle beim städtischen Arbeitsnachweis, Seeburgstraße 14—20 (Seeburgstraße 15—21), in Anspruch zu nehmen. Sprechzeit werktäglich von 11—12 Uhr.

Ein größeres Schadenseuer entstand in den Morgenstunden in einer Tischlerei Dösestraße 68. Fertigwaren und große Holzbestände waren im 1. Stockwerk auf noch unanständige Weise in Brand geraten. Das Feuer ging nach dem Erd- und Kellergedächtnis durch. Die alarmierte Westwache konnte den Brand unter Jährlingsnahme von zwei Schlauchleitungen nach zweistündiger Tätigkeit auf seinen Herd beschränken. Die Aufräumungsarbeiten nahmen noch längere Zeit in Anspruch. Ferner entstand ein größerer Balkenbrand in einem Baderaum Eisenstraße 63 durch Wärmeübertragung des Badeofens, sowie ein Stubenbrand Sophienstraße 4.

Wer kennt die Tote? Am 20. d. M., früher 7 Uhr ist auf den Zähnen der Thüringer Eisenbahn der verstümmelte Leichnam einer unbekannten weiblichen Person aufgefunden worden. Die Unbekannte hat sich von der Lindenhalter Brücke hinab auf die Gleise gestürzt und sich durch einen Eisenbahngang überwältigen lassen. Ihr Alter wird auf etwa 25—30 Jahre geschätzt. Bekleidet war sie mit grauflittertem schwarzen Jäckchen, schwarzen Ros., grünflederner Bluse, welcher Unterwäsche, schwarzen Strümpfen, hohen Schnürschuhen. Ihr weisses Kleinkleid ist mit den Buchstaben R. K. beschriftet; bei sich hatte sie einen schwarzen Taschentuch und einen ebenholzten Blusss. Der Leichnam ist nach der Anatomie gebracht worden, wo auch die Kleidungsstücke besichtigt werden können.

Arbeiterbildungs-Institut. Wegen technischen Schwierigkeiten kann am Sonntag, dem 30. Januar, im Operetten-Theater nicht "Eine Nacht in Venedig" gegeben werden, sondern "Der Vielegiebel" von Eduard Künneke. Anfang 1/2 Uhr.

Verband von Gartnern und Schrebervereinen e. V., Leipzig. Die Geschäftsstelle Windmühlenstraße 32, Hinterh. A, 1 Treppa links erstellt allen Kleingärtner auf Grund des Kleingartengesetzes bei Pachtstreitigkeiten Rat und Auskunft.

Zentralverband proletarischer Freizeit. D.O.F. Unsere Mitgliederversammlungen finden nicht mehr im Restaurant Zur Silberpappel, sondern von jetzt an im Restaurant Zur grünen Rose, Bernhardstr. 26, statt. Am 4. Februar ist öffentliche Mitgliederversammlung, abends 7 Uhr. Ferner finden am Freitag, den 28. Januar, 1/2 Uhr nachmittags und 1/2 Uhr abends zwei große Bildervorführungen statt. Wir ersuchen um recht zahlreiche Erscheinen. (Siehe Plakate.)

Haus- und Wurstverkauf. Hoffmann, Wächterstraße, morgen von 10 Uhr ab: Fleisch, Wurst, Geflügel.

Lebensmittelkalender für Freitag, den 28. Januar.

Für Haushaltungen.

Anmeldung auf Israelitische Lebensmittel zum Bessachfest im Gemeindeamt, Löhrstraße 10, I. Obergeschoss, 10—12 Uhr, Nr. 1201 bis 1400.

Ausgabe von Auslandsschweinefleisch für Schwerriegelsbeschädigte: 2—5 Uhr, nachmittags, Johannisplatz 11 (Freibank).

Für Händler.

Büchsenmilch: Bezugsgartenentnahmen in der Bezugscheinstelle, Nr. 1—1000 des Berechtigungsausweises.

Beranstaltungen der Arbeitertum- und Sportvereine.

Turnverein: Zum Sportturnfest am 30. Januar sind die Teilnehmefasern dem Vereinsvorstand eingegangen. Nur gegen Vorlage eines der Teilnehmerkartei ist der Beurteilung freigesetzt. Beurteilung: 40. Wohl. Stellvertreter, Schule, Beginn 16 Uhr; zeitiger kommen Nachmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Vorstand für den Karneval: Karnevalsumzug: -Wert und Betriebsweise des Frauen- und Mädchentumens" findet am Sonnabend, 28. Januar, abends 7 Uhr an der Kunsthochschule im Schlesischen Saal, Karnevalshalle und Turnhalle können daran teilnehmen.

Vorturnfest für Markranstädt und umliegende Orte: Beginn am Sonnabend, dem 28. Februar, nachmittags 4 Uhr in Markranstädt, Turnhalle Weidmanns unter Führung von 10 Mr., sind unverzüglich zu senden an Georg Venzelitz, Leipzig, Sächsische 20.

Beirat: Heute Donnerstag, 27. Uhr, Fortsetzung der Vorturnerhauptversammlung im Zoologischen Garten. Beisitztag am Sonnabend, dem 6. und Sonntag, dem 8. Februar im Auguste-Schmidt-Haus, Leipzig, Dresdener Straße 7. Beginn am Sonnabend, nachmittags 5 Uhr.

Ökigruppe: Gruppenversammlung am Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr in Angerdorf, Hindergarten. — Gruppe Großzschocher: Gruppenversammlung am Sonnabend, 2 Uhr in Großzschocher, Hindergarten.

Turnspieler: Um in diesem Jahre eine regelmäßige Ausübung der Turnspiele zu ermöglichen, ist es nötig, daß die Turnspielleiter schon jetzt innerhalb ihrer Vereine alle Turnspiele rege agilisieren. Ganz besonders aber haben die Spielleiter dafür zu sorgen, daß ihre Mannschaften die Spielregeln gründlich kennen. Sohn jetzt muß mit der Aufstellung von Mannschaften begonnen werden, damit die entsprechend angegebene Fragebögen ausfüllt und angedaut am den Gruppenspielleiter zurückgegeben werden können. Vereine, in denen Gruppen noch kein Gruppenspielleiter gewählt ist, können ihre Wahlstellen auch an den Beiratsgesellschafter einrichten. Denn nur dadurch, kann auch der Gruppenspielleiter für eine regelrechte Ausübung der Turnspiele die Verantwortung übernehmen. Weiter wird es sehr wichtig machen, unter besonderer Verstärkung der geographischen Lage und der Verkehrsverhältnisse auch eine Neueröffnung der Gruppen für Turnspieler vorgesehenen Nähe darüber in der nächsten Donnerstagabend der Vorstellung in den "Rosenspielen" und in den Freien Sportwochen. Untergrenzen und aufwärts besteht Turnspielerangelegenheiten erblieb am Kursi Meissner, Leipzig, Schatzgasse 40.

Schiedsrichterfest: Heute die Zellmeister des Kursus der Ch.- und Turngruppe findet am Sonntag, dem 6. Februar, vormittags 9 Uhr auf dem Berliner Platz (Sächsische Konferenzversammlung von Augustin) Kastell- und Schlosshof statt. Um zukünftig und praktisch Erfahrungen wird getestet. — Markranstädt: Am Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9 Uhr findet in der Turnhalle ein Schiedsrichterfest für Faßball und Schlagball statt.

Turmschule: 2. Schiedsrichter: Heute Donnerstag nach dem Turnen Turnausbildung im Sächsischen Hof. Dienstag: Turnausbildung im Marienthalhof. Turnausbildung ist nur nächste Woche; allgemeine Abteilung Montag und Mittwoch, Turnerminnen Dienstag und Donnerstag. — 2. Schiedsrichter: Dienstag Turnausbildung des Infob. Sonntag, mittags 1 Uhr. Treffen bei Infob. zur letzten Gruppenversammlung. — 2. Schiedsrichter: Dienstag nach dem Turnen Turnausbildung im Alten-Küschelhof.

Fußballspiel: Nordgruppe: Gruppenversammlung am Sonnabend, 2 Uhr im Ceresbad, 2. Wölfersheim-Braunau: Jeden Sonntagnachmittag 1/2 Uhr, abteilung Südwest: — Kremmels-Süd: Jeden Dienstag, 8 Uhr, abteilung in Stadt Borna, 2. Sonnabend, 25. Februar, 20.30. — 2. Sonnabend, 2. Welt: Dienstag, 9 Uhr in Stadt Altenburg. Monatsversammlung. — 2. Welt: Sonnabend, 7 Uhr, Christfeierfeier in Wöhlischs Festhalle.

Abteilung: Sonntag, den 20. Januar, Eröffnung in Halle, Pavillon Restaurant, Halle, Charlottenstr. 16, Anfang 9 Uhr frisch. Es ist nicht aller Vereine, doch ihrer Städte entsprechend Delegierte vertreten zu lassen. Die Delegierten von Leipzig treffen sich Sonntag früh 9/2 Uhr, Kampfbahnhof. Freiherrliche Salle, Montag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, Signatur oder Vertragsabschlußkante in St. Gennien, Ringen, Boxen und Leichtathletik im Restaurant Rehber, Elbendorfstraße 42. Wöchentlich Erfahrungen alter 11 Uhr.

Abteilung: Abteilung Ost: Sonnabend, den 20. Januar, nachmittags 5 Uhr, Christfeierfeier in den drei Wölfen. Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 4 Uhr, Treffen der Abteilung OSt im Alten-Küschelhof. — Abteilung Nord: Abends Treffen im Südländischen Börne.

Abteilung: Sonnabend, den 27. Januar: Abteilung: Bautzen (Bautzen-Wittenberg, Bautzen, Görlitz, Riesa): Allgemeiner Spielabend; Abteilung: Nossen (Schifferschulhaus, Görlitz, Riesa): Turnfest der dritten Maile; Abteilung: Gubin (Gubin, Stolp, Ruhland-Hermanns-Schule): Theoretischer Unterricht Sonntag, 28. Januar, nachmittags 4 Uhr: Freier Stoßabtest in Bautzen, abteilung: Wittenberg (Sachsen, Bautzen, Riesa): Theoretischer Unterricht, Montag, den 2. Februar: Abteilung: Cottbus (Krummin, Neudorf, Rathaus): Allgemeiner Spielabend. Sonnabend, den 2. Februar, abends 7 Uhr: Stimmtaufstellung im Schifferschulhaus, Görlitz. Die Anteilnahme kann bei den Obdulien der Abteilung zur Einlösung gelangen.

Arbeiter-Abstahrbund Solidarität: Der Beirat 17. Ökigruppe Leipzig besteht am 2. Januar d. J. keine von 100 Mitgliedern besetzte Generalversammlung im Borsigbau ab. Trotzdem die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht gerade geeignet waren, die Sportbewegung vorwärts zu treiben, ist die Mitgliedschaft im verschlissenen Verbandsjahr von 1237 auf 1411 gestiegen. Die gebrochenen Verhandlungen, wie Beizie- und Gauausföderungen, hatten durchschnittlich eine gute Wirkung ausgeübt. Auch die beiden abgehaltenen Beizießtreffen sind mit guten Erfolgen verlaufen. Am Vorstande wurde auf die für dieses Jahr festgelegten Verhandlungen hingewiesen. Hauptpunkt auf dem am 28. Mai d. J. konstituienden Abstahrbundesportfest ist der Sonntag, den 27. August d. J. Es ist ein großes Verabreden in jüngstigen Räumen des Zoologischen Gartens festgelegt. Die Abstahrbundesleitung wird trotz der hohen Ausgaben sehr gut. Das Wiedersehen soll in Zukunft eine Änderung erfahren. Die Einflüsse der Gauförderung wurde beklagt. In den Vorstand wurden die wenigen

Neue, ältere und Stoff gewählt. Die übrigen Posten sind gleichfalls wieder von Genossen besetzt worden, welche die Amtsräume innehaben. Durch Eingehen an den Titel der Stadt Leipzig soll dieser erfüllt werden, die beitretenen Abfahrten in Ordnung zu halten und neue anzulegen.

Sächsische Spielvereinigung: 4. Kreis 1. Beirat (Wirtschaft des Arbeitertums und Sportbundes) — Sächsische am Sonntag, dem 20. Januar 1921. 1. Klasse: Gruppe A, 2 Uhr: Borsigbau 1—Wittenberg 10 Uhr: Sachsen-Gau 1—Gotha 1—Eutritz 1 in Eutritz. Gruppe B, 2 Uhr: Sachsen-Gau 1—Sportlust 1. Gruppe C, 1 Uhr: Sachsen 07 1—Berga 1. 11 Uhr: Urania 1—Schönfeld 1. 11 Uhr: Connolly 1—Aventou 1. Gruppe D, 2 Uhr: Döpft 1—Meiningen 1.

2. Klasse: Nordgruppe, 2 Uhr: Eutritz 11—Markranstädt 1. 2 Uhr: Borsig 11—Döpft 1. 11 Uhr: Borsig 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Großröhrsdorfer 11. 12 Uhr: Lindenau 11—Großröhrsdorfer 11—Döpft 11. 11 Uhr: Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

3. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

4. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

5. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

6. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

7. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

8. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

9. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

10. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

11. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

12. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

13. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

14. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

15. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

16. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

17. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

18. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

19. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

20. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

21. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

22. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

23. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

24. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

25. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

26. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

27. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

28. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

29. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

30. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

31. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

32. Klasse: Sächsische, 9 Uhr: Urania 11—Rötha 11—Großröhrsdorfer 11. 10 Uhr: Meinholds 11—Döpft 11—Borsig 11—Weißwisch 1 in Gotha.

Eine Eingabe wegen der Durchführung von Hilfsmitteln für die Arbeiter-Krentner, und die Rückübertragung des Rates über die Fürsorge für die Unfallrentner. Erwerbsbehinderten und Erwerbsunfähigen.

Die Ausschüsse beantragen hierzu: Die Eingabe auf sich beziehen zu lassen, und von der Rückübertragung des Rates Kenntnis zu nehmen.

Kenntnis genommen wird von folgenden Ratsbeschlüssen: 1. vorbereitende Maßnahmen für Wiederaufnahme der Arbeiten zur Hochwasserregelung im Westen der Stadt aus der von der früheren Bewilligung her noch verfügbaren Summe auszubüren; 2. spätestens im Frühjahr dieses Jahres über die Nachbewilligung der noch erforderlichen Summe Entscheidung zu treffen; 3. unerwartet dieser Entscheidung Unterstützung des Unternehmens auf Grund des Gesetzes über die produktive Erwerbslosenfürsorge beim Arbeitsminister zu beantragen.

Die neue Gebührenordnung für Benutzung der Verkaufsstände, Keller, Kühls- und Lagerräume, Wagen und Kontore in der städtischen Markthalle und des offenen Großhandelsmarktes auf dem Ros- und Königsplatz, wird auf Antrag des St.-B. Krüger zur nochmaligen Beratung an die Ausschüsse übergeben zu lassen.

St.-B. Börner verlangt, daß die Einkünfte des Großmarkts zur Deckung der Untosten der Markthalle benutzt werden sollen.

Gutachterlich zugestimmt wird dem Ratsbeschluss, dem § 107 der Verkehrsordnung folgenden Abs. 2 hinzuzufügen:

Sie sind ferner verpflichtet, zu dulden, daß an ihren Gebäuden und Einrichtungen Einrichtungen für die Belebung der Straßen sowie für die Befestigung der Oberleitung der Straßenbahn angebracht, verändert oder befestigt werden. Die eigenmächtige Entfernung dieser Anlagen ist ihnen verboten.

Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern in die Ausschüsse zur Verantragung der Steuern vom Einkommen und Vermögen für die Zeit vom 1. August 1920 bis 30. Juni 1923.

St.-B. Krüger: In der Liste der Stadtverordneten ist die Partei gewahlt worden. Der Rat aber läßt sie bei seiner Liste vermissen. Es ist ein realistischer Zug, bestimmte Bevölkerungsgruppen von der Liste des Rates auszuschließen, darüber waren sich im Ausschuss alle Parteien einig. Redner beantragt, den Rat zu ersuchen, seine bereits aufgestellte Liste zurückzunehmen und eine neue Liste aufzustellen, die die Zulämmenlebung der Bevölkerung berücksichtigt.

St.-B. Kunath vermisst im Gegenteil in den Listen der Stadtverordneten die Wahrung der Partei.

Stadtrat Merle: Wenn der Rat die alten bewährten Mitglieder der Ausschüsse wieder aufstelle, liege das im wohlbekannten Interesse der Stadt. Es müssen sachverständige Leute sein, die sich in ihrem Berufe auskennen. Die Vergütung vom Landesfinanzamt bestimme, daß in den Ausschüssen die Hausbesitzer, die Handels- und Gewerbetreibenden, die Arbeiter und die freien Berufe vertreten sein sollen. Es kann eine Neuwahl durch den Rat nicht verhindern, da die Erledigung der Steuern drängt.

St.-B. Sauer: Die einheitliche Auslastung der Ratslinie muß durch die Verteilung des Wahltauschusses ergänzt werden. Das stillschweigende Auslegen der Ratslisten genügt nicht. Redner verlangt die Verstärkung aller Bevölkerungskreise.

St.-B. Jeremias: Der größte Teil der Leute von Beruf und Bildung ist der Meinung, daß alle Steuerdrücker herausgeholt werden müssen. Die Belebung der Ausschüsse ist nicht eine Frage der Parteien, sondern der Zweckmäßigkeit.

St.-B. Scheib: Herr Stadtrat Merle hat die Unmöglichkeit bewiesen, alle Bevölkerungskreise zu berücksichtigen. Wie soll das geschehen, wenn nur 3 Mitglieder in die Ausschüsse gewählt werden können. Man muß berücksichtigen, wie sich die Leipziger Bevölkerung zusammenfegt. Der Rat hat Leute wieder aufgestellt, die sich nie in einer Sitzung haben leben lassen. Die Arbeiter haben das größte Interesse daran, die Ausschüsse zu belehren, weil die neue Steuergesetzgebung ihnen die meisten Lasten auferlegt. Der Rat hat nicht die Partei gewählt, die Liste hat nicht einmal dem Rat in seiner Gesamtheit vorgelegen.

Stadtrat Merle: Die Schwierigkeit liegt in der Schätzung des gewerblichen Einkommens. Da muß man Sachverständige aus Gewerbe- und Bankierkreisen haben, die einen größeren Einblick haben als die Arbeiter. Sie kennen die Verhältnisse ihrer Konkurrenten besser und sorgen schon dafür, daß diese zur Steuer voll verhängt werden.

St.-B. Scheib: Die Folge der eben gehörten Ausführungen würde die gänzliche Auslastung der Arbeiter sein. Diese haben aber ebenfalls Kenntnis, wie es mit den Vermögensverhältnissen vieler Besitzenden besteht ist. Von besonderer Bedeutung werden vor allem die Steuerberuhende sein, die ganz wesentliche Arbeit bringen werden.

Der Antrag Krüger wird gegen eine große Zahl Stimmen angenommen und die Wahlen gegen wenige Stimmen vorgenommen. Die Rückübertragung des Rates, enthaltend das Ergebnis seiner Beschlüsse über die Schulverhältnisse seit Ausbruch des Krieges wird zur Kenntnis genommen.

Zu der Vorlage über die Errichtung der Leipziger Krippe-Stiftung und Nachbewilligung von 102 000 Mark zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Krippe im bisherigen Umfang beantragen die Ausschüsse, den Rat zu ersuchen, nochmals mit der Krippevereinigung über eine reine Verstadtschaltung zu verhandeln und die Vereinigung vorläufig weiter zu unterstützen, damit der Betrieb weitergeführt werden kann.

St.-B. Frau Schilling berichtet: Am 11. Februar 1920 hatte die Mehrheit des Kollegiums beschlossen, den Rat zu ersuchen, die Krippe in eigene Verwaltung zu übernehmen. Die Leipziger Krippevereinigung schlägt vor, eine Stiftung zu errichten, deren Zweck und Gegenstand der Betrieb von Tag- und Nachtkrippe in der Stadtgemeinde Leipzig sein soll. Die Krippevereinigung will ohne Entschädigung ihre Grundstücks und ihre gesamte Einrichtung im Wert von ungefähr 200 000 Mark in die Stiftung einwerfen. Die Stadtgemeinde dagegen soll die erforderlichen Mittel für den Betrieb der Krippe zuschieben. Die Verwaltung soll durch das städtische Jugendamt und einen Verwaltungsrat geführt werden. Die Vereinigung legt Wert darauf, daß das Andenken an die private Wohltätigkeit und vor allen Dingen die sozialmännliche Kenntnis und Erfahrung der Krippebeamten den Krippe erhalten bleibt und mögliche Ausgaben nicht übersteigen. Deshalb stehen wir auch zu dem neuen Proletariat, das sich nicht aus den Kreisen des alten Proletariats gebildet hat. Die Rentner kommen nur mit der alten sozialistischen Forderung: Der Staat hat die Verpflichtung, uns zu erhalten. Diese Verpflichtung des Garantismus haben wir immer auf uns gelegt geschrieben. Wir sagen: Eigentlich muß jeder Mensch der qualvollen Sorge um seine Notdurft enthoben sein, wenn er sich dafür restlos der Gemeinschaft der Arbeiter hingibt, aber dann nicht sein egoistisches Gewinnstreben immer zwischendurch in die Speichen der Nader hineinwirkt. Deshalb stehen wir diesem Garantiestreben in dem Antrag sympathisch gegenüber.

Noch fürchterlicher ist die Lage der Unfallrentner und Arbeiterrentner. Bei Behandlung der Kleinrentnerfrage muß die Lage der andern Rentner, die in noch viel größerer Menge sind, mit betrachtet werden. Wir müssen unbedingt die Kleinrentner und die Arbeiterrentner in ein relatives Verhältnis setzen, nicht aber die Erwerbslosen. Diese sind etwas ganz anderes wie Rentner, sind Menschen, die wir zum Aufbau brauchen, die wir arbeitsfähig erhalten müssen und die doch wieder hineinkommen in diese Betriebe. Die Erwerbslosen sind ja außerdem noch niedrig genug.

Die zur Besserung der erbärmlichen Lage der Arbeiterrentner ausgeschickten 25 Millionen sind nicht voll aufgebraucht worden, weil sich von den 25 000 Invaliden bloß 80 000 gemeldet haben.

Das letztere liegt offenbar daran, daß viele von der Verteilung gar keine Ahnung hatten. Es soll nun noch eine Nachtragsverteilung stattfinden und bleibt dann noch etwas übrig, soll der Rest für Menschen, die sich in ähnlicher Lage befinden, weiter ausgeschüttet werden.

Es könnten also die Kleinrentner in Betracht kommen, wenn deren Rente tatsächlich so groß ist. Der Abg. Blücher hat seinerzeit die Kleinrentner aber auf die kommunalen Fonds verwiesen, weil der Staat bei seiner trostlosen finanziellen Lage keine Mittel für diesen Zweck bewilligen könne.

Die Bergarbeiter geben wöchentlich 150 M. von ihrem Lohn zur besseren Unterstützung ihrer alten und invaliden Kameraden ab.

Wie wäre es, wenn die Großkapitalisten etwas Ähnliches für Kleinkapitalisten unternehmen? (Lebh. Sehr richtig! links.)

Die Großbanken sollte man zwingen, die Kleinrentner mit Darlehen ohne Zinsen zu beliehen. Es gibt aber auch Darlehensklassen, wo sich die Kleinrentner ihre Darlehenswerte beliehen lassen können.

Bei den Arbeiterrentnern ist das ganz anders. Ehe die elnen Zuschuß bekommen, werden die Familienverhältnisse erst ganz genau geprüft.

Wir werden die Gesellschaft und die Wirtschaft organisieren und erträglicher machen, wie sie es bisher war. Das geht nicht anders als durch Neuorganisation, und dann werden wir auch das Prinzip des Garantismus durchsetzen, daß wir an unserm Leben einen lorenfreien Auskommen haben. Das ist aber nur aus dem Gemeinschaftswege möglich. Deshalb müßten auch die Kleinrentner endlich durch ihre Not und ihr Leid zu der Erkenntnis kommen, daß nur der Weg des Sozialismus es ist, der hier zum Ziele führt. (Bravo! links; Lachen rechts.)

Abg. Drechsler (D. Bp.) behauptet, daß selbst derjenige, der ein Vermögen von 200 000 M. hat, heute ein sehr bedürftiger Mensch ist.

Abg. Barthel (USP) schließt sich der Frau Büttner allenfalls an. Dass sich die Kleinrentner als Sprachrohr der Deutschen Nationalen bezeichnen, habe wohl keinen Grund darin, daß in der Wahlszeit sich die Herren von rechts besonders an die Kleinrentner gewandt und in ihren Flugblättern erklärt haben, daß durch den Krieg und die Weltrevolution die Kleinrentner am härtesten betroffen worden seien, dabei sind Sie (nach rechts) es gerade gewesen, die mit Ihrer Kriegspolitik das Massenleid und die Geldentwertung hervorgerufen haben. (Lebh. Sehr richtig! links.)

Abg. Gende (Kom.): Wir können nicht anerkennen, daß der Antrag den Schwächen helfen will, vielmehr handelt es sich um

Leute geholfen wird. — Die Anträge werden einstimmig angenommen. Zu B und C, die Anträge anzunehmen, zu D 2. den Antrag durch die Belüftungssitzung zu A für erledigt anzusehen.

Zu der Rückübertragung des Rates über Errichtung eines Pflegeamtes für körperlich gefährdete Frauen beantragen die Ausschüsse, den Rat zu ersuchen, die Errichtung des Pflegeamtes nicht hinauszuschieben. — Der Antrag wird nach lebhafter Befürwortung durch Frau Mendelsohn-Berthold einstimmig angenommen.

Zur Rückübertragung des Rates über Erhebung von Klage gegen Friedrich Gericke beantragt der Verfassungsausschuß Ablehnung.

St.-B. Jeremias behauptet, daß der Rat die Stadtverordneten überhaupt nicht zu beraten brauche. Seine Fraktion erwarte, daß der Rat auch ohne die Zustimmung der Stadtverordneten die Klage erhebe.

Oberbürgermeister Dr. Nothe glaubt nicht, daß die neu gestaltete Verordnung für Benutzung der Verkaufsstände, Keller, Kühls- und Lagerräume, Wagen und Kontore in der städtischen Markthalle und des offenen Großhandelsmarktes auf dem Ros- und Königsplatz, wird auf Antrag des St.-B. Krüger zur nochmaligen Beratung an die Ausschüsse zurückgewiesen.

St.-B. Börner verlangt, daß die Einkünfte des Großmarkts zur Deckung der Untosten der Markthalle benutzt werden sollen.

Gutachterlich zugestimmt wird dem Ratsbeschluss, dem § 107 der Verkehrsordnung folgenden Abs. 2 hinzuzufügen:

Sie sind ferner verpflichtet, zu dulden, daß an ihren Gebäuden und Einrichtungen Einrichtungen für die Belebung der Straßen sowie für die Befestigung der Oberleitung der Straßenbahn angebracht, verändert oder befestigt werden. Die eigenmächtige Entfernung dieser Anlagen ist ihnen verboten.

Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern in die Ausschüsse zur Verantragung der Steuern vom Einkommen und Vermögen für die Zeit vom 1. August 1920 bis 30. Juni 1923.

St.-B. Krüger: In der Liste der Stadtverordneten ist die Partei gewahlt worden. Der Rat aber läßt sie bei seiner Liste vermissen. Es ist ein realistischer Zug, bestimmte Bevölkerungsgruppen von der Liste des Rates auszuschließen, darüber waren sich im Ausschuss alle Parteien einig. Redner beantragt, den Rat zu ersuchen, seine bereits aufgestellte Liste zurückzunehmen und eine neue Liste aufzustellen, die die Zulämmenlebung der Bevölkerung berücksichtigt.

St.-B. Kunath vermisst im Gegenteil in den Listen der Stadtverordneten die Wahrung der Partei.

Stadtrat Merle: Wenn der Rat die alten bewährten Mitglieder der Ausschüsse wieder aufstelle, liege das im wohlbekannten Interesse der Stadt. Es müssen sachverständige Leute sein, die sich in ihrem Berufe auskennen. Die Vergütung vom Landesfinanzamt bestimme, daß in den Ausschüssen die Hausbesitzer, die Handels- und Gewerbetreibenden, die Arbeiter und die freien Berufe vertreten sein sollen. Es kann eine Neuwahl durch den Rat nicht verhindern, da die Erledigung der Steuern drängt.

St.-B. Sauer: Die einheitliche Auslastung der Ratslinie muß durch die Verteilung des Wahltauschusses ergänzt werden. Das stillschweigende Auslegen der Ratslisten genügt nicht. Redner verlangt die Verstärkung aller Bevölkerungskreise.

St.-B. Jeremias: Der größte Teil der Leute von Beruf und Bildung ist der Meinung, daß alle Steuerdrücker herausgeholt werden müssen. Die Belebung der Ausschüsse ist nicht eine Frage der Parteien, sondern der Zweckmäßigkeit.

St.-B. Scheib: Herr Stadtrat Merle hat die Unmöglichkeit bewiesen, alle Bevölkerungskreise zu berücksichtigen. Wie soll das geschehen, wenn nur 3 Mitglieder in die Ausschüsse gewählt werden können. Man muß berücksichtigen, wie sich die Leipziger Bevölkerung zusammenfegt. Der Rat hat Leute wieder aufgestellt, die sich nie in einer Sitzung haben leben lassen. Die Arbeiter haben das größte Interesse daran, die Ausschüsse zu belehren, weil die neue Steuergesetzgebung ihnen die meisten Lasten auferlegt. Der Rat hat nicht die Partei gewählt, die Liste hat nicht einmal dem Rat in seiner Gesamtheit vorgelegen.

Stadtrat Merle: Die Schwierigkeit liegt in der Schätzung des gewerblichen Einkommens. Da muß man Sachverständige aus Gewerbe- und Bankierkreisen haben, die einen größeren Einblick haben als die Arbeiter. Sie kennen die Verhältnisse ihrer Konkurrenten besser und sorgen schon dafür, daß diese zur Steuer voll verhängt werden.

St.-B. Scheib: Die Folge der eben gehörten Ausführungen würde die gänzliche Auslastung der Arbeiter sein. Diese haben aber ebenfalls Kenntnis, wie es mit den Vermögensverhältnissen vieler Besitzenden besteht ist. Von besonderer Bedeutung werden vor allem die Steuerberuhende sein, die ganz wesentliche Arbeit bringen werden.

Der Antrag Krüger wird gegen eine große Zahl Stimmen angenommen und die Wahlen gegen wenige Stimmen vorgenommen. Die Rückübertragung des Rates, enthaltend das Ergebnis seiner Beschlüsse über die Schulverhältnisse seit Ausbruch des Krieges wird zur Kenntnis genommen.

Zu der Vorlage über die Errichtung der Leipziger Krippe-Stiftung und Nachbewilligung von 102 000 Mark zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Krippe im bisherigen Umfang beantragen die Ausschüsse, den Rat zu ersuchen, nochmals mit der Krippevereinigung über eine reine Verstadtschaltung zu verhandeln und die Vereinigung vorläufig weiter zu unterstützen, damit der Betrieb weitergeführt werden kann.

St.-B. Frau Schilling berichtet: Am 11. Februar 1920 hatte die Mehrheit des Kollegiums beschlossen, den Rat zu ersuchen, die Krippe in eigene Verwaltung zu übernehmen. Die Leipziger Krippevereinigung schlägt vor, eine Stiftung zu errichten, deren

Zweck und Gegenstand der Betrieb von Tag- und Nachtkrippe in der Stadtgemeinde Leipzig sein soll. Die Krippevereinigung will ohne Entschädigung ihre Grundstücks und ihre gesamte Einrichtung im Wert von ungefähr 200 000 Mark in die Stiftung einwerfen. Die Stadtgemeinde dagegen soll die erforderlichen Mittel für den Betrieb der Krippe zuschieben. Die Verwaltung soll durch das städtische Jugendamt und einen Verwaltungsrat geführt werden. Die Vereinigung legt Wert darauf, daß das Andenken an die private Wohltätigkeit und vor allen Dingen die sozialmännliche Kenntnis und Erfahrung der Krippebeamten den Krippe erhalten bleibt und mögliche Ausgaben nicht übersteigen. Deshalb stehen wir auch zu dem neuen Proletariat, das sich nicht aus den Kreisen des alten Proletariats gebildet hat. Die Rentner kommen nur mit der alten sozialistischen Forderung: Der Staat hat die Verpflichtung, uns zu erhalten. Diese Verpflichtung des Garantismus haben wir immer auf uns gelegt geschrieben. Wir sagen: Eigentlich muß jeder Mensch der qualvollen Sorge um seine Notdurft enthoben sein, wenn er sich dafür restlos der Gemeinschaft der Arbeiter hingibt, aber dann nicht sein egoistisches Gewinnstreben immer zwischendurch in die Speichen der Nader hineinwirkt. Deshalb stehen wir diesem Garantiestreben in dem Antrag sympathisch gegenüber.

Noch fürchterlicher ist die Lage der Unfallrentner und Arbeiterrentner. Bei Behandlung der Kleinrentnerfrage muß die Lage der andern Rentner, die in noch viel größerer Menge sind, mit betrachtet werden. Wir müssen unbedingt die Kleinrentner und die Arbeiterrentner in ein relatives Verhältnis setzen, nicht aber die Erwerbslosen. Diese sind etwas ganz anderes wie Rentner, sind Menschen, die wir zum Aufbau brauchen, die wir arbeitsfähig erhalten müssen und die doch wieder hineinkommen in diese Betriebe. Die Erwerbslosen sind ja außerdem noch niedrig genug.

Die zur Besserung der erbärmlichen Lage der Arbeiterrentner ausgeschickten 25 Millionen sind nicht voll aufgebraucht worden, weil sich von den 25 000 Invaliden bloß 80 000 gemeldet haben.

Das letztere liegt offenbar daran, daß viele von der Verteilung gar keine Ahnung hatten. Es soll nun noch eine Nachtragsverteilung stattfinden und bleibt dann noch etwas übrig, soll der Rest für Menschen, die sich in ähnlicher Lage befinden, weiter ausgeschüttet werden.

Es könnten also die Kleinrentner in Betracht kommen, wenn deren Rente tatsächlich so groß ist. Der Abg. Blücher hat seinerzeit die Kleinrentner aber auf die kommunalen Fonds verwiesen, weil der Staat bei seiner trostlosen finanziellen Lage keine Mittel für diesen Zweck bewilligen könne.

Die Bergarbeiter geben wöchentlich 150 M. von ihrem Lohn zur besseren Unterstützung ihrer alten und invaliden Kameraden ab.

Wie wäre es, wenn die Großkapitalisten etwas Ähnliches für Kleinkapitalisten unternehmen? (Lebh. Sehr richtig! links.)

Die Großbanken sollte man zwingen, die Kleinrentner mit Darlehen ohne Zinsen zu beliehen. Es gibt aber auch Darlehensklassen, wo sich die Kleinrentner ihre Darlehenswerte beliehen lassen können.

Bei den Arbeiterrentnern ist das ganz anders. Ehe die elnen Zuschuß bekommen, werden die Familienverhältnisse erst ganz genau geprüft.

Wir werden die Gesellschaft und die Wirtschaft organisieren und erträglicher machen, wie sie es bisher war. Das geht nicht anders als durch Neuorganisation, und dann werden wir auch das Prinzip des Garantismus durchsetzen, daß wir an unserem Leben einen lorenfreien Auskommen haben. Das ist aber nur aus dem Gemeinschaftswege möglich. Deshalb müßten auch die Kleinrentner endlich durch ihre Not und ihr Leid zu der Erkenntnis kommen, daß nur der Weg des Sozialismus es ist, der hier zum Ziele führt. (Bravo! links; Lachen rechts.)

Der Antrag wird mit 37 gegen 30 Stimmen, der zweite Teil einstimmig angenommen.

Den Ratsbeschlüssen zur Förderung der Krippenfürsorge a. am Anfang des Jahres 1921 durch den Ausschuss für Krippenfürsorge eine Pflegeanstalt für Geisteskranke einzurichten zu lassen, b. für den Betrieb dieser Stelle 5000 M. ordentlich und 1000 M. außerordentlich (zusammen 6000 M.) nachzubewilligen wird mit der Miete zugestimmt, die Pflegeanstalt durch das Wohlfahrtsamt errichtet zu lassen.

Zu den Anträgen von Frau St.-B. Ackermann und den St.-B. Bollerhof, den Rat zu ersuchen, A. für das Johannishospital ein Gut in Eigenwirtschaftung einzurichten, B. in sämtlichen Hörsälen des Johannishospitals elektrische Licht einzuführen, C. eine Oberlin für alle Bewohner des Stiftes anzustellen, D. die Kostenzettel der Hopsitalitäten auf das Doppelte zu erhöhen, beantragt der Verfassungsausschuß: Zu A 1. den Rat zu ersuchen, daß durch billige Naturalisierung der Lebenshaltung der alten

</

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Schiffahrtskrise.

Die Weltwirtschaftskrise, deren Ursachen und Erscheinungen in der Wirtschaftlichen Wochenschau vom 13. d. M. besprochen wurden, hat auch eine große Schiffahrtskrise zur Folge gehabt, unter der die westlichen Länder sehr leiden, die aber doch den einen Vorteil hat, daß sie die Preise der überseeischen Waren weiter senkt.

Während des Krieges wurde der größte Teil des Schiffstraumes für die Zwecke der Kriegsführung verwendet, ein anderer Teil fiel dem Unterseebootkrieg zum Opfer; es wurde daher allgemein für die Zeit nach dem Kriege mit einem schweren Schiffraummangel gerechnet, da man eine ungeheure Lebensmittel-, Rohstoff- und Wareneinfuhr in die entguterten Länder des europäischen Kontinents erwartete. Deshalb wurde von den seefahrenden Nationen die Schiffssproduktion so angepaßt, daß nicht nur der durch den Krieg verursachte Ausfall wettgemacht wurde, sondern bis Mitte des vorigen Jahres die Dampferflotte der Welt bereits um $8\frac{1}{2}$ Millionen Brutto-Register-Tonnen größer war als vor dem Kriege; in den Vereinigten Staaten allein wuchs der Schiffstraum im Jahre 1919/20 um $3\frac{1}{2}$ Millionen Brutto-Register-Tonnen, ein Zuwachs, der größer ist als die durchschnittliche Jahressumme der gesamten Welttonnage vor dem Kriege. Aber die erwartete Steigerung des Handelsverkehrs blieb aus, da dem verarmten Europa die Kaufkraft zur Einfuhr der lebensnotwendigen Waren fehlte, und die im Herbst einsetzende Wirtschaftskrise senkte die Ziffern des Handelsverkehrs noch mehr herab. Aus den Vereinigten Staaten wurden im November 1920 nur für 675 Millionen Dollar Waren ausgeführt, während im Oktober 1920 für 752 Millionen und im November 1919 für 740 Millionen ausgeführt worden waren; die Einfuhr sank in der gleichen Zeit von 382 auf 321 Millionen Dollar. In England sank der Wert der Wareneinfuhr von 144 260 103 Pfund Sterling im November auf 142 785 245 Pfund Sterling im Dezember, der Wert der Ausfuhr von 119 364 994 auf 96 630 523 Pfund Sterling.

Es trat daher auch im Schiffsbau wie in der gesamten Weltwirtschaft jene Überproduktion ein, die die Rechtsseite der Unterkonsumtion der Massen ist. Die nächste Folge war ein schwerer Konkurrenzkampf der einzelnen Schiffahrtslinien — besonders die englischen und amerikanischen Linien befedeten einander aufs heftigste, wobei die deutsche Schiffswelt für Amerika Partei nahm, aber nicht aus befonderer Sympathie, sondern weil die Hapag mit dem amerikanischen Harriman-Trust einen Pakt geschlossen hatte —, der durch ein gegenleitiges Unterbieten der Frachtraten ausgefochten wurde. Im November allein sanken die Frachtraten um 30—40 Prozent, im Dezember erreichten sie fast schon den Kriegsstand: vom Januar bis Dezember 1920 fielen die Frachtraten für Kohle auf der Strecke Wales—Gibraltar von 45 auf 12,6 Dollar, auf der Strecke Nordamerika—Rotterdam von 22 auf 4,25 Dollar, von La Plata (Argentinien) zum europäischen Kontinent von 200 auf 37,5 Dollar. Gleichzeitig aber stiegen die Betriebskosten auf das Dreifache gegenüber der Vorriegszeit, so daß heute die amerikanischen Reederei mit einem Verlust von 2 Dollar per Tonne Kohlenfracht rechnen.

Die Schiffbaufirmen beantworteten den Rückgang der Frachtpreise mit einer Einschränkung des Schiffsbauers. Im letzten Vierteljahr wurden um 333 000 Tonnen weniger Schiffe gebaut als im vorhergehenden. Für die Arbeiter bedeutete das weitere Betriebseinschränkungen, Wachsen der Arbeitslosigkeit. In den Vereinigten Staaten sind von den 627 Hellings der Schiffswerften kaum 300 im Betrieb, 11 Werften sind völlig geschlossen. In Kanada sind 40 Prozent aller Hellings stillgelegt, in Japan von den 40 Werften, die Schiffe über 1000 Tonnen bauen, nur noch 21 in Tätigkeit, 6 weitere werden wahrscheinlich in nächster Zeit außer Betrieb gesetzt werden.

Aber nicht nur die Schiffbauarbeiter, sondern auch die Seeleute müssen daran glauben. Da die Frachtraten die Betriebskosten nicht mehr decken, beginnen die Reederei, ihre Schiffe aufzulegen. In England, das ohnehin unter der Arbeitslosigkeit so furchtbar leidet, waren bereits Anfang Oktober 755 Schiffe unbeschäftigt, hunderte von Seeleuten wurden in den letzten Tagen abgemustert, in Norwegen liegen 100 Dampfer mit 300 000 Tonnen Schiffstraum ein Sechstel der gesamten Handelsflotte still, ebensoviel ungesetzt in Japan. In Holland beabsichtigen die großen Uebersee-Reedereien etwa ein Viertel ihres Schiffstraumes stillzulegen, und ähnlich lauten die Berichte von Belgien und Dänemark.

So schließt sich der fehlerhafte Zirkel, in dem sich heute die Weltwirtschaft bewegt: Die Überfülle von Gütern, die sich in den überseeischen Ländern staut, kann nicht nach dem europäischen Kontinent abfließen, obwohl sie hier zur Belebung in Arbeitskraft und der Produktion dringend gebraucht wird, weil unser Kontinent die Kaufkraft fehlt, die doch erst durch jene Belebung der Produktion geschaffen werden kann. Und die Stauung der Güter wirkt gleichzeitig ungünstig auf die Produktion und die Lebenshaltung der Massen der überseeischen Länder selbst. Und schließlich muß auch angefischt dieses beiderseitigen Verfalls der Wirtschaftskräfte die Schiffahrt, das sie verbindende Glied, verderren. Wie aus dem fehlerhaften Zirkel herauskommen? Der Kapitalismus wird keinen Ausweg finden; er wird die Lösung dem Sozialismus überlassen müssen.

Deutschlands Handelsverkehr.

Die amtlichen Schätzungen des Außenhandels.

In Beantwortung der 41 Fragen der Entente zur Klärung der Wiedergutmachungsfrage wurden von der deutschen Reichsregierung Schätzungen über den gesamten Handelsverkehr Deutschlands — sowohl den handelsstatistisch erfaßten legalen als den recht ausgedehnten illegalen — bis Mitte 1920 aufgestellt, die in ein paar dünnen Zahlen ein grauenhaftes Bild des verhängnisvollen Rückgangs der Produktion und des Verbrauchs entwerfen, der Deutschland um Jahrzehnte in seiner industriellen und kulturellen Entwicklung zurückzuwerfen imstande ist.

Die Regierung stellt zunächst eine Übersicht über den Außenhandel im Durchschnitt der Jahre 1911 bis

1913 einerseits und des Jahres 1919 sowie des ersten Halbjahrs 1920 anderseits auf, wobei sowohl die Menge der ein- und ausgesetzten Waren als auch ihr Wert in Papiermark und Goldmark berücksichtigt ist. Dabei wird für das Jahr 1919 die Goldmark 4,8 Papiermark gleichgesetzt, für das Jahr 1920, in dem die Entwicklung unserer Währung sich weiter fortsetzte, 14,5 Papiermark.

Es betrug demnach der Menge nach

	die Einfuhr in 1000 Tonnen	die Ausfuhr in 1000 Tonnen
Im Durchschnitt 1911/13	70 680	66 155
im Jahre 1919	9 924	12 085
im 1. Halbjahr 1920	8 408	13 018

Dem Werte nach in Millionen Mark

	die Einfuhr Papiermark	die Ausfuhr Goldmark
Im Durchschnitt 1911/13	10 389	9 053
im Jahre 1919	32 651	6 802
im 1. Halbjahr 1920	80 000	25 600

Wer nur einigermaßen Statistiken zu lesen versteht, wird aus diesen wenigen Ziffern genug und wahrlich nichts Erbauliches herauslesen. Das Schmerhafteste ist natürlich das wachsende Misverhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr, die Verziehung unserer Handelsbilanz, die das Sinken unserer Valuta tief unter den Stand der inneren Entwicklung unserer Währung wölbt zu erklären vermögt. Denn obwohl die Ziffern unseres Außenhandels gegenüber den Vorriegsjahren erheblich zurückgegangen sind, ist der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr (das sogen. Passivsaldo unserer Handelsbilanz) um fast das Dreifache in Goldmark gestiegen; in Papiermark betrug er im ersten Halbjahr 1920 mehr als 34 Milliarden.

Weiter aber zeigt ein Vergleich der Ziffern der Vorriegsjahre mit denen der Nachriegsjahre, daß der Außenhandel der Menge nach bedeutend stärker zurückgegangen ist als dem Werte nach. Das bedeutet, daß die Weltmarktpreise im großen und ganzen weit über den Kriegsstand hin aufgeschoben sind, daß wir also den infolge der Entgütung unserer Wirtschaft und des Rückgangs unserer Produktion notwendig gewordenen Einfuhrüberschuß vieler teurer bezahlen müssen als vor dem Kriege. Aber noch mehr: Wie aus der Tabelle hervorgeht, wurden im Jahre 1919, noch mehr im ersten Halbjahr 1920 der Menge nach mehr Waren aus als eingeführt, während dem Werte nach das Verhältnis umgekehrt, ja noch ungünstiger ist. Daran trägt zum größten Teil der Effstand unserer Valuta Schulde, der zur Folge hat, daß wir die eingeführten Waren über ihren inneren Wert bezahlen müssen, während unsre Waren zu Schleuderpreisen auf die ausländischen Märkte geworfen werden. Es ist eine verhängnisvolle Täuschung, die Scheinprosperität, die jedesmal ein weiteres Sinken unserer Valuta begleitet, für volkswirtschaftlich vorteilhaft zu halten. In Wirklichkeit führt sie uns, wie aus dem Gesagten hervorgeht, nur noch tiefer in den fehlerhaften Zirkel von Einfuhrüberschuß und Valutasturz hinein.

Rückgang der Rohstoffseinsatz.

Eine weitere Ursache für das Misverhältnis zwischen der Menge und dem Wert der ein- und ausgesetzten Waren ist darin zu suchen, daß wir vom Ausland vor allem in hochwertige Waren (im wesentlichen Fertigfabrikate im Gegensatz zu Rohstoffen) beziehen, während wir in das Ausland mehr niedrigwertige Waren, also Waren in den ersten Stadien der Fabrikation, abzugeben haben.

Dieser Schluß wird auch durch eine weitere Tabelle bestätigt, aus der hervorgeht, daß der Wert der Rohstoffeinfuhr im Durchschnitt der Jahre 1911/13 4725 Mill. Goldmark betrug, im Jahre 1919 aber nur 1735 Mill. Goldmark. Obwohl die Weltmarktpreise inzwischen auf das Doppelte und Dreifache gestiegen waren, obwohl der Rohstoffbedarf Deutschlands nicht nur infolge der Kriegsverwüstungen, sondern auch durch den Verlust wichtiger Rohstoffquellen erheblich gewachsen ist, ist also die Rohstoffeinsatz um mehr als 60 Prozent zurückgegangen, während die Gesamtseinsatz in der gleichen Zeit bloß um 35 Prozent zurückgegangen ist.

Deutschland braucht Rohstoffe, um seine Produktion wieder in Gang zu bringen, um durch die Umwandlung niedrigwertiger Waren in hochwertige seine Zahlungsbilanz auszugleichen, seine Schulden bezahlen und seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen nachkommen zu können. Aber es kann nicht in genügender Menge Rohstoffe einführen, weil ihm die Kaufkraft dazu fehlt. Die einzige Volkschicht, die heute noch genügend Kaufkraft zur Bezahlung von Auslandswaren besitzt, sind die Kapitalisten und sonstigen Schieber, die ihre Kaufkraft dazu benützen, hochwertige Luxuswaren und Nahrungsmittel einzuführen. Es ist ein Weg in den Abgrund, den Deutschland heute geht, und die kapitalistische Ordnung oder vielmehr Unordnung seiner Wirtschaft ist nicht mehr imstande, es vor dem Abgrund zurückzuhalten.

Der Handelsverkehr mit Osteuropa.

Eine weitere von der Regierung veröffentlichte Tabelle verdient aus aktuellen politischen Gründen größtes Interesse. Es ist eine Übersicht über die Ausfuhr aus Deutschland nach den östlichen europäischen Ländern. Demnach betrug in tausend Mark:

	1913 Goldmark	Januar/Juli 1920 Papiermark	Goldmark
Gesamtausfuhr	10 897 234	35 778 894	2 467 510
Davon nach:			
Rußland (ohne Finnland)	880 200	881 048 ¹	60 824
Ostreich-Ungarn	1 104 832	2 557 49 ²	178 448
Rumänien	140 082	71 98 ³	4 963
Serbien	19 409	14 92 ⁴	1 030
Montenegro	149	1	1
Bulgarien	30 830	38 11 ⁵	2 284
Griechenland (ein schlesisch-lich. Aetia)	24 770	100 85 ⁶	6 956
Türkei	98 416	121 794 ⁷	8 400
Zusammen:	12 298 138	3 812 135	262 906
v. S. der Gesamtausfuhr:	22,8	10,7	10,7

¹ 1920 1 Goldmark gleich 14,5 Papiermark.

² Einheitlich Galizien.

³ Ohne Galizien und die an Italien und Rumänien abgetretenen Gebiete.

⁴ Einheitlich der ihm zugesetzten Gebiete Österreich-Ungarns und Ruklands.

⁵ Ohne die abgetretenen Gebiete.

Der europäische Osten war vor dem Kriege eines unserer wichtigsten Absatzgebiete; mehr als ein Fünftel unseres Exports ging in diese Länder und die Ausfuhrziffern stiegen in dem Maße, wie der Osten sich industrialisierte und dementsprechend sein Warenbedarf, vor allem an hochwertigen Maschinen wuchs. Heute ist dieser Absatzmarkt zu einem großen Teil für uns verloren; unser Export dahin ging etwa auf ein Fünftel zurück, während unsre Gesamtausfuhr zur gleichen Zeit nur auf etwa den dritten Teil sank. Schuld daran trägt die völlige Zerrüttung der Wirtschaftsverhältnisse in den meisten dieser Länder und der entsprechende Tieftand ihrer Valuta, der sogar den unfrigen noch übertrifft.

Ein gerüttelt Wah von Schuld trägt aber auch die deutsche Regierung selbst, die sich noch immer dagegen sträubt, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wieder aufzunehmen. Die Ausfuhr nach Russland bildete nebst der nach Österreich-Ungarn vor dem Kriege das Rückgrat unseres Exports nach dem Osten; heute ist sie so gut wie Null, denn der in der Statistik ausgewiesene Betrag ging wohl fast zur Gänze nach Polen, das noch in einer Rubrik mit Russland aufgeführt ist. Berücksichtigt man, wie bitter uns eine Belebung des Außenhandels not tut, so wird man ermessen können, wie frevelhaft und verderblich die kleinliche und kurzfristige Politik der Regierung gegenüber Russland ist, der wir nicht nur aus gewichtigen politischen, sondern auch aus rein volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus die Fortsetzung der sofortigen und völligen Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland gegenüberstellen.

Rohstoffkredite.

In der Wirtschaftlichen Wochenschau vom 13. d. M. war der Versuch unternommen worden aufzuzeigen, daß die spezielle Ursache der heutigen Weltwirtschaftskrise die mangelnde Kaufkraft Kontinentaleuropas ist. Was Deutschland betrifft, sind die oben angeführten Zahlen ein deutlicher Beleg für diese Behauptung. Vor allem ist es, wie aus den obigen Tabellen hervorgeht, die Rohstoffeinsatz nach diesen Ländern, die den empfindlichsten Rückgang erlitten hat. Und Rohstoffe — Baumwolle, Rohgummi, Eisen, Stahl usw. — sind es in erster Linie, die sich in den Speichern der außereuropäischen Länder aufhäufen, deren Absatzstagnation die Krise hervorgerufen hat. Ein Beispiel für viele, das den Zusammenhang zwischen unsrer mangelnden Kaufkraft und der Krise im Westen erläutern soll: Die amerikanischen Spinnereien haben trotz der ausgezeichneten Baumwollernte in diesem Jahre seit Beginn der Saison nur 3 620 224 Ballen Baumwolle gegenüber 4 680 590 Ballen in der gleichen Zeit des Vorjahres verarbeitet; Deutschland hat davon seit Beginn der Ernte bloß 416 381 Ballen erhalten, und die Richtigkeit, daß es höchstens 700 000 Ballen werden gebrauchen könnten gegenüber nahezu 3 Mill. Ballen im letzten Vorriegsjahr, hat auf die amerikanischen Interessenten höchst beeindruckend gewirkt.

Kein Wunder, daß die amerikanischen Kapitalisten sich nach Mitteln umsehen, um die Ausfuhr ihrer Rohstoffe, vor allem eben der Baumwolle, nach Kontinentaleuropa zu erhöhen. Das einzige Mittel dazu ist, diese Ausfuhr vorläufig selbst zu finanzieren, d. h. den europäischen Abnehmer Kredite zur Verfügung zu stellen. Dazu scheinen sich die Amerikaner nach langem Zögern endlich doch entschlossen zu haben, um nicht in ihrer eigenen Baumwolle zu erstickten. Immerhin ist dies Zögern vom kapitalistischen Standpunkt aus sehr begreiflich, wenn man sich vor Augen hält, daß Amerika bloß an offiziellen Regierungskrediten seinen europäischen Verbündeten bisher rund 10 Milliarden Dollar (nach heutigem Valutastand etwa 600 Milliarden Mark!), von den Privatkrediten an europäischen Regierungen und Privaten abgesehen, vorgeschoßen hat, für die es bis jetzt nicht einmal Zinsen erhalten hat, von einer Rückzahlung in absehbarer Zeit ganz zu schweigen. Auch dabei bestätigt es sich eben, daß ein un trennbares Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Wohlfahrt der einzelnen im Weltwirtschaftsverkehr stehenden Länder besteht, daß der Rückgang des einen verhängnisvoll auf die andern zurückwirkt.

Soweit bisher bekanntgeworden ist, sollen die Grundlage für die Rohstoffkredite an Deutschland die in Amerika beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte bilden. Ein im amerikanischen Präsentantenhaus angeblich bereits angenommener Gesetzesantrag des Abgeordneten Stevenson verfügt, daß diese Vermögen der War-Finance-Corporation (Kriegsfinanzgesellschaft) zur Verwaltung übertragen werden, die die Gelder für den Diskont von Exportbills, d. h. für die Finanzierung der Ausfuhr nach Deutschland verwenden soll. Auf dieser Grundlage wurden bisher einige Finanzorganisationen ins Leben gerufen, von denen die wichtigste die "Foreign-Trade-Finance-Corporation" (Außenhandels-Finanzierungsgesellschaft) mit einem Kapital von 100 Mill. Dollar ist, an der die Spitzen der Hochfinanz sowie der Stahl- und der Petroleumtrust beteiligt sind.

Greifbare Gestalt hat bisher noch keiner dieser Kreditpläne angenommen, es sei denn, daß man der Meldung der Daily Mail Glauben schenkt, daß das Bankhaus Morgan bereit sein soll, den mitteleuropäischen Ländern einen Nahrungsmittels- und Rohstoffkredit in der phantastisch hohen Höhe von fünf Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Jedenfalls muß das Wasser den amerikanischen Kapitalisten bereits reichlich bis zum Halse stehen, wenn sie sich dazu entschließen sollten, Europa und vor allem sich selbst ausgiebig unter die Arme zu greifen. Sollte es dazu kommen, so ist uns auf die Dauer auch damit nicht geholfen; denn amerikanische Kapitalisten tun ebenso wie die anderen Erdstriche, wenn sie auch pietistischer veransagt sind, nichts um des lieben Gottes willen, sondern alles nur um ihres lieben Gottes Profit willen, wie auch die Bedingungen der letzten Anleihen an ihre europäischen Verbündeten (die Kredite verzinsen sich mit mindestens 8 Prozent) bestätigen. Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen würden auf lange hinaus unsre Zahlungsb

Empfehle hiermit meine
Sämereien
Um gütigen Zuspruch bitten
Kurf. Frauendorf,
L.-Thonberg, Auguststraße 2.



Möbelgroße, handförmige, Bolle-
wärme auf Sie nur am billigst.
bei mir. Desal. bietet 1 großen
Boîte Klum., Glühöl, Gobelin,
Kaffeeholz, glatt u. gemustert,
einzig billig an. Geb. das
kleinste Quantum ab. Weder
verläng. noch Rabatt. Lentsch,
Franz-Hemming-Straße 27, II.

Cutawayana, 275. Ulster 100.
Anzug 200, 300. €. Cutaway
100, 200. €. Ulster 125. €. Geh-
rofsons, 350. €. Konfirmand.
Anzug 150, 350. €. gestr. Dose
100. €. billig lange Sitz. 10. €.

Jackett-Anzüge, Hosen

Jacketts West., Ulster, Palet. v. 50. € an

Wadewitz, strasse 33, L. I.

Mit.-Mant., Holz u. Blus.

bill. Lindenau, Markt 11, I. r.

Men.Mil.-Rock zu verkaufen

Adel., bl. für 17. €, guterhalt.

Schokolade z. v. d. d. nachm.

Frdr., Linn-Sitz. 28. Schub., III. r.

Breite, Adel., bl., guterhalt, verf.

bill. Lind., Schillingerstr. 20, II. r.

Damen-Mantel, schwab., bill.

zu verf. Steinstr. 46, v. r. L.

Telephon 10401.

Große Auswahl in nur

herausforderlich getragenen

Kleid. Blau, Mänt., Röd.

und dergl. Fried, Clark,

Windmühlenstr. 45, I. Etage.

Eig. schwab. Kleid. bl. 42.

billig. Lind. Markt 11, I. r.

Konfirmand. - Ans.

von daskib. Tuch, wie Fried, 40. €. Nur 24 Stück vorrät.

Waller & Erblich -

Reud., Kommunenstr. 12, Ladd.

Leonhardt, Gotbaer Sitz 20. I.

J. Konfirmanden

Verkauf von preisw. Knapp-

und Kostümstoffen.

Demmeringstr. 72, II.

Windmühlenstr. 4-12 u. Fil. Johannisplatz

Billige
Lebensmittel.

Rangoon-Bohnen ... Pfund 1.70
Grüne Erbsen ... Pfund 2.50 u. 1.70
kl. gelbe Erbsen ... Pfund 1.70
Viktoria-Erbsen ... Pfund 2.25 u. 1.75
gr. gelbe Kichererbse ... Pfund 1.90

Bollkreis ... Pfund 3.00
Bruchkreis ... Pfund 2.50

Hasferflocken ... Pfund 3.40
Hasfermehl ... Pfund 2.50
Maisgrieß gelb ... Pfund 2.60
Maisgrieß weiß ... Pfund 3.65
Maiskernpuder ... Pfund 5.00

Holl. Gouda-Käse 50 pros. Pfund 16.00

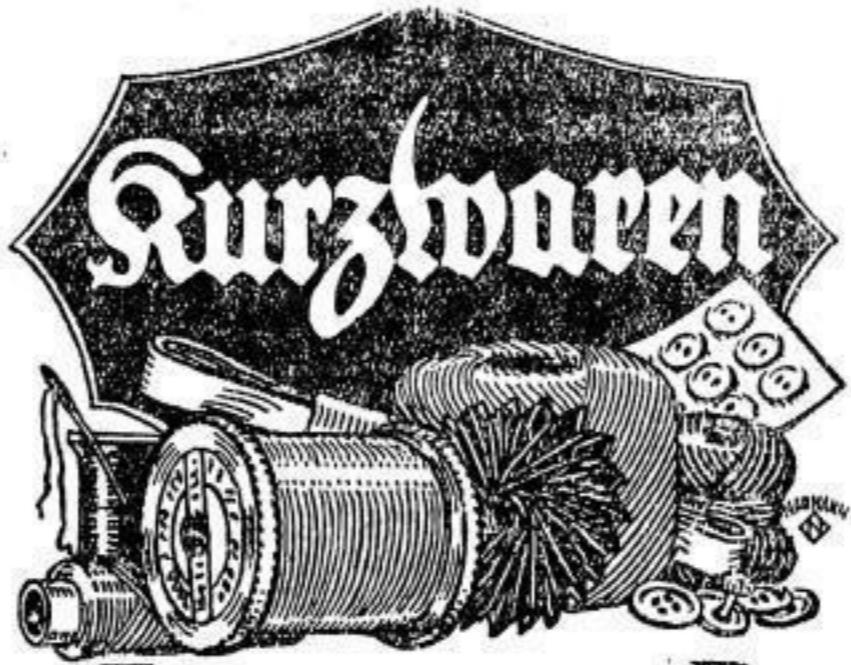
Stangenkäse ... stile 1.15
Tafelsalz ... 10 Pfund 2.25
Bosnische Pflaumen ... Pfund 5.40
Kunsthonig ... Pfund 4.70
Ideal-Milch ... arose Dose 8.50

Margarine ... Pfund 10.80
Schmalz ... Pfund 12.50

Speck gesalzen ... Pfund 16.80
Speck geräuchert ... Pfund 17.50
Corned Beef 1 engl. Pfund-Dose 7.20
Speiseöl ... Pfund 14.50
Gebr. Kaffee ... Pfund 30.00 25.00 21.00

Kakao garantiert rein, Pfund 17.50

Ein einmaliges außergewöhnlich billiges Angebot in



Im großen Lichtloch auf Extra-Lüften

Schuhsenkel für Kinder, Baumwolle,
schwarz und braun Paar 10.

Schuhsenkel ca. 100 cm lang, Eisen-
garn oder Baumwolle, gute Qualität Paar 25.

Häkelgarn kleiner Knäuel 15.

Lockennadeln Palet 15.

Haarnadeln statt oder gewellt Palet 25.

Seide zum Nähen u. Stopfen in verschiedenen
Farben, 10-25 Meter Knäuel 25.

Wäscheborten weiß, hübsche Muster Meter 25.

Bobbinband weiß, ca. 1 cm breit Meter 30.

Nähtband schwarz Meter 25.

Schürzenband blau, kleinen Meter 30.

Stecknadeln im Brief 30.

Wäschelanguette Meter 45.

Wäscheborten bunt Meter 45.

Damen-Strumpfhalter 50.

mit autom. Verschluss Paar

Körperband gute Qualität, in weiß,
beige und rosa, bis 3% cm breit Meter 60.

Druckknöpfe garantiert rostfrei Feder Dutzend 60.

Gurtband bis 3% cm breit Meter 1.25.

Damen-Strümpfe

leichtes Angebot, vorzügl. Macco
mit Seidenstrick, schwarz, Doppel-
johle, verstärkte Spitze und Hoch-
feste Paar 13.75



Eingetroffen: **Schmalz** Pfund 12.50
Boll-Reis Pfund 3.00

1. Dödert, 2. Künen, neu,
verfh. Möbel und Gablenz
zu verf. Schmiede 16, IV. r.

Martha Lindau & Paasdorf,
Hauptstr. 7, an der Kirche
St. Pauli, Schlesier, Schlesier 90,
niedern. Altonaer Str. 12, II.

Hemden 1. Herren 20.

2. Damen 25.

Hemdchen u. Hemd in 12.

Heidentest 1. alle gegen 1 neue n. Wahl

Mundi & Co., Herbergs 60.

Möbelhandlung St. Pauli 6.

Kohlartenstr. 20, 4. Kl. 1. Kl.

2. Derbeiten in. Küken 23.

3. Bettstelle, m. q. Matr. 200.

250. Kommode 125. Schiefer,

250. M. v. Brüderstr. 10, I. I.

Schlafzimmerschrank 20, 4. Kl. 1. Kl.

3. Derbeiten in. Küken 23.

4. Bettstelle, m. q. Matr. 200.

250. Kommode 125. Schiefer,

250. M. v. Brüderstr. 10, I. I.

Küche - Tisch - Schrank

et. v. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

Stühle, Bettst. 1. Kl. 1. Kl.

2. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

3. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

4. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

5. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

6. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

7. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

8. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

9. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

10. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

11. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

12. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

13. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

14. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

15. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

16. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

17. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

18. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

19. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

20. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

21. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

22. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

23. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

24. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

25. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

26. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

27. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

28. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

29. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

30. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

31. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

32. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

33. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

34. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

35. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

36. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

37. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

38. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

39. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

40. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

41. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

42. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

43. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

44. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

45. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

46. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

47. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

48. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

49. Kl. 1. Kl. 1. Kl. 1. Kl.

50. Kl. 1. Kl.

Astoria

Windmühlenstrasse 31

Fernruf 18195/96

Morgen Freitag Erstaufführung

LYA MARA

im Schauspiel in 5 Akten

FASCHING

nach dem Ullsteinroman von PAUL OSKAR HÖCKER

Heute letzter Tag: LIEBESRAUSCH

Neues Theater.

Augustusplatz (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416
Donnerstag, den 27. Januar 1921
2. Auflage! Vorstellung in 4. Folge, blau!

Carmen.

Über 4 Akten. Nach einer berühmten gleichnamigen Novelle von G. Maillol und E. Goldflor. Muß von Georges Bizet.
Musikalische Leitung: Paul Weißleber. Bühnenleitung: T. Weißleber.
Personen: Escamillo, Toreador (Gaston Apollon); Jenaro, Rentner (Eduard Müller); Don José, Morales, Sergeant (Adolf Jäger, Otto Salomon); Carmen, Frasquita, Mercedes, Alfonso (Hans Wittenberg, Willi Sonnen, Heinz Borchers, Elisabeth Westheim); Dancaïra, Hemendalo, Schauspieler (Willy Voigt, Georg Marion); Wienhöhe, Dancerin (Hans Lind); Der Wirt (Eduard Poffelt) (Willi Schumacher).

Christliche Preise. Einl. 6,- Uhr, Anfang 7 Uhr. Ende um 10 Uhr.
Freitag, den 28. Januar: 22. Mittwoch! Vorstellung (4. Folge, blau):
Ter Kofnig, 1. Anfang 6,- Uhr.
Sonntagnachmittag, den 29. Januar: 24. Mittwoch! Vorstellung (4. Folge, blau): Madame Butterfli, Anfang 7 Uhr.

Alles Theater.

Richard-Wagner-Platz (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416
Donnerstag, den 27. Januar: Vorstellung (4. Folge, blau).
Musikalische Leitung: Paul Weißleber. Bühnenleitung: T. Weißleber.
Personen: General (Eduard Müller); Hauptmann, Anfang 6,- Uhr.
Freitag, den 28. Januar: Vorstellung (4. Folge, blau):
Mehrheitsteil: Gaublau, Anfang 6,- Uhr.
Sonntagnachmittag, den 29. Januar: 24. Mittwoch! Vorstellung (4. Folge, blau): Sophie Kreisch, Anfang 6,- Uhr; Menschen.

Der erste und zweite Akt spielen auf dem Schloß des Generals

Krafft, in der Nähe von Moskau. Der dritte spielt beim Springen

Paul in Moskau.

Das Stüd spielt in einer Winternacht des Jahres 1910.

Evolutionen angeordnet von Josef Groß. Tänze einstudiert von Emma Grönblom.

Christliche Preise. Einl. 6,- Uhr, Anfang 7,- Uhr. Ende um 10,- Uhr.

Freitag, den 28. Januar: Die Frau im Herzen, Anfang 6,- Uhr.

Sonntagnachmittag, den 29. Januar: Ter große Julius, Anfang 6,- Uhr.

Boltenberg

Variété. Allabendlich 1/2 Uhr:
Olli Brahms
Theater. Abends 1/2 Uhr:
Steinerne Herzen
Schauspiel von Schmidt und Hilmar.
Morgen:
Steinerne Herzen.
Vorverk.: Tagesk. Ztg., G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Nachtfalter

Mainstrasse 18

Allabendlich 7½ Uhr

Kabarett.

Ball-Haus **Goldner Helm** Leipzig-Bautzen.
Jeden Sonntag und Freitag:
Die stimmungsvollen Ballfeste.
Neueste Schlager. — Ertklassiges Ballorchester.

Gasthof Stünz

Strassenbahn 3 und 8

Morgen Freitag ab 7 Uhr:

Damen-Elite-Ball

Abwechselnd Damen- und Herren-Engagement.

Ertklassige Wiener Musik.

Eintritt 2.50 M. Tanz frei. M. Kükens gratis.

Birkenjohökken, Wahren

Jeden Freitag: Großer Ball Neu vor gerichtet

Ritterball

L.-Döllitz, Straßen 12

morgen Freitag

Westend-Hallen, Plauw.

Neue Bewirtschaftung!

Morgen Freitag, ab 6 Uhr:

Grosses Elite-Ballfest.

Streich- und Blasmusik.

Flotter Betrieb.

Colosseum

Rossplatz 12/13

Fernruf 18195/96

Morgen Freitag Erstaufführung

Das Geheimnis der Spielhölle von Sebastopol

Sensationeller Abenteuerfilm in 6 Akten

In der Hauptrolle

SYBILL MOREL

Heute letzter Tag: LYA MARA in: Das Haus der Unschuld

Universum

Rossplatz 6 (Café Bauer)

Fernruf 18195/96

Morgen Freitag Erstaufführung

COLOMBINE

oder:

Die Geliebte des Apachen

Drama in 5 Akten mit

Margarete Lanner — Emil Jannings

Heute letzter Tag: DER MORD OHNE TÄTER

Albertgarten

Größtes und schönstes Ball- und Gesellschaftshaus.

(Mit Straßenbahn 20 und 21 vom Augustusplatz in 10 Minuten zu erreichen.)

Morgen Freitag 1. großes Bockbierfest und Kappenhall.

Ein Abend in Oberbayern.

Schmucke Dirndl willkommen. — Mützen und Seppelhüte gratis.

Gasthof Neustadt Großer Eliteball

Morgen Freitag, von 1/2 Uhr an

Neues Ballorchester. — Tanz frei. — 10 Uhr Konter.

Papiermühle

Straßenbahn 6, 5, 19.

Morgen Freitag

Der bei. Volksball

Tanz frei.

Sonntag v. 4 Uhr an BALL.

L.-Stötteritz.



10 Akte

10 Akte

Ab Freitag, den 28. Januar

Zwei phänomenale Schlager

Die Banditen von Asnières.

Ein fabelhafter Detektiv-Film in 6 hervorragenden Akten.

In den Hauptrollen:

Max Landa, Reinhold Schünzel, Hilde Wörner.

Dieser Film gehört zur Luxuskategorie. — Außerdem:

Der Todesritt des Texas Jack.

Mexikanischer Cowboy-Film in 4 Akten.

Versäumen Sie nicht, dieses erstklassige Programm anzusehen.

Nur für Erwachsene über 18 Jahren.

10 Akte

10 Akte

U.T. Spiele

Hainstr. 19

Hainstr. 19

Ab heutl Erstaufführung!

Richard Eichberg's Abenteurer-Sensationsfilm

"Strafflingskoffer"

Hauptrolle Lee Parry

Violette Napierska Robert Scholz

Felix Hecht Paul Ludwig

Kaiser Heyl

2 Teile je 8 Akte

I. Teil:

Der Schrei aus der Verbannung

Dor II. Teil:

„Geständnis vor dem Tode“

folgt anschließend Freitag, den 4. Februar

8 Akte

8 Akte

Ein neuer Filmstar gesucht!

Näheres später???

Freundinnen und Freunde! Besucht mich in meiner Reichsstraße 34. **Künstlerbude** (Durch die hohle Gasse).

Rudi Hauwede expressionistischer Kapellmeister.

Terrasse

L.-Kleinzschocher — Telefon 40634. —

Nur Freitag von 7 Uhr an: Bockbierfest und Kappenhall

Tanz frei. Sonntag von 5 Uhr an Ball. —

Pantheon

Dresden str. 20 Fernspr. 15957

Freitag u. Sonntag Große Ball-Feste.

Sonnabend, 29. Januar, großer Theater- u. Ball-

abend d. M. d. A. T. Freie Bühne Motoproprio.

Wer Rat und Hilfe sucht

in Alimenten-, Ehe-, Forderungs-, Straf- oder sonstigen Rechtsfällen, wende sich an Rechtsvertreter u. Privatdetektiv **W. Kiepzig**, Leipzig-Aue, Herbarstr. 3.

— Telefon 60502. —

Reichstag.

Berlin, 26. Januar, 1 Uhr.

Der Justizrat.

Abg. Dr. Graf zu Dohna (D. Soz.): Der Reichsjustizminister hat die Zustimmung meiner Freunde bei der Durchführung seiner Reformarbeiten. Das wichtigste ist, überall wieder die Zuständigkeit eines Rechtsstaates einzuführen. Wir würden es begrüßen, wenn der Belagerungszauber in Bayern bald aufgehoben werden könnte, denn unter jedem Ausnahmestand selben die Rechtsgarantien. Aus demselben Grunde treten wir für baldige Abschaffung der Amnestie ein. An dem mangelnden Vertrauen zu unserer Justiz sind vor allem die Reden und Angriffe schuld, die von der Linken des Hauses gegen unsre Rechtsprechung gerichtet werden. Die Ausführungen der radikalen Linken sind daran schuld, wenn unser Feinde bei der Aburteilung der Kriegsverbrecher nicht zu einem sachlichen und gerechten Standpunkt gelangen können. Das Marburger Schwurgericht, das zu demselben Urteil gelangte wie die von Ihnen bekämpfte Militärjustiz, hätte nach Ihrer (nach links) Ansicht die Angeklagten wohl deshalb verurteilen müssen, weil es sich um Studenten handelt und die Opfer dem Arbeitervorstand angehörten. (Sehr wahr! rechts. — Unruhe links.) Allerdings reagierten unsre Richter mit ihrem starken Gefühl für Staatsautorität auf revolutionäre Verbrechen besonders sehr hart. Es ist unerhört, daß in diesem Hause immer wieder ein Unterschied zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft gemacht wird. Wir kennen diesen Unterschied nicht. (Große Heiterkeit auf der linken Seite.) Den Kapitänleutnant Baasche, der doch wirklich kein Arbeiter ist, zählen Sie (nach links) zu den Arbeitern, da es Ihnen paßt, und die zahlreichen Arbeiter, die auf der andern Seite stehen, ignorieren Sie einfach. Die deutschen Arbeiter dürfen nicht hinter den Herren von der äußersten Linken herlaufen. (Große Unruhe links.) Der Behauptung Professor Radbrucks, daß das Recht der Frau auf die Richterartiere schon durch die Verfassung garantiert sei, muß ich entgegentreten.

Abg. Frau Bilders (Dem.): Viele Urteile, sowohl im Straf- als auch im Zivilprozeß, sind dem Volke unverständlich. Wir Frauen haben ein großes Interesse an der Durchführung der Grundsätze der Verfassung auf dem Gebiete der Justizverwaltung. Organisierte Frauen haben niemals verlangt, daß Frauen gegen die Stimmen ihrer Geschlechtsgenossinnen nicht schuldig gesprochen werden dürfen. Für uns ist nicht maßgebend, wer, sondern was abgeurteilt wird. Noch immer werden der uneingeschränkten Ausübung des juristischen Berufs durch die Frauen von Seiten der Justizverwaltung Hindernisse bereitet. Auf Grund der jüngsten Verordnung des preußischen Justizministers können die Frauen zwar die Funktionen eines Gerichtsschreibers verrichten, werden aber als nicht befähigt zur Stellvertretung eines Rechtsanwalts nicht zugelassen. Großen Wert legen wir auf eine Revision des Familiengerichts. Eine unerträgliche Prozedere ist das heutige Scheidungsverfahren, dessen Erleichterung wir unbedingt fordern. (Zurufe: Oho! — Heiterkeit.) An Stelle des Verschuldensprinzips müßte das Terslittungsprinzip einführen. Bleiben Frauen ist bei Eingehung ihrer Ehe die Aufrechterhaltung ihres Mädchennamens erlaubt. Die Verstärkung des Schutzes der Frauen gegen unrechtmäßige Angriffe ist zu begrüßen. Das Schutzbüro für Mädchen muß mindestens auf das 16. Lebensjahr hinausgezogen werden. In der Bekämpfung von Verbrechen gegen das leimende Leben muß große Vorsicht obhalten, weil oft wirtschaftliche Not der Antrieb dazu ist. In der Frage des gesamten Reglements der Prostitution, insbesondere was die Klientelierung der Prostituierten betrifft, gibt es für uns Frauen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken mit dem alten System kein Kompromiß. (Beifall.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Den Antrag des Abgeordneten Radbruck, daß das Reichsgericht eine regelmäßige Übersicht über die abgeurteilten Kriegsverbrecher geben soll, bitte ich abzulehnen, weil das Reichsgericht sonst unerträglich belastet wird. Wenn der Antrag, den Referendar Berglung zu gewähren, angenommen wird, so will ich deswegen mit den Ländern Abmachungen schließen. Ein Gesetz zur Besserstellung der unehelichen Kinder wird in Kürze fertiggestellt sein. Es ist nicht richtig, daß nach der Reichsverfassung die Frauen zu juristischen Amtmännern zugelassen werden müssen. Die Verfassung stellt nur den Grundstock der Gleichberechtigung der Frauen auf, ist aber nicht rechtschöpferisch. Diese Frage kann überhaupt nicht sozialistisch behandelt werden. Eine Zulassung der Frauen zu den juristischen Amtmännern kommt nur in Frage, wenn die weitesten Vollstrecker hinter einem so grundlegenden Umsturz unseres Rechtswesens stehen.

Abg. Sauerbrey (U. Soz.): Von verschiedenen Seiten wurde gesagt, das Recht sei die Grundlage des Staates. Dieser Staat aber ist ein Klassenstaat. Es kann in ihm also auch nur eine Klassenjustiz geben. Die Behauptung, daß Breitscheid als Justizminister zur Verfolgung des Fürsten Eulenburg nichts getan habe, ist hinfällig, weil Breitscheid niemals Justizminister war. An unserer Justiz ist die Revolution spurlos vorübergegangen. Es haben nur einige ganz winzige Reformen stattgefunden. Das Gnadenverschulden wird ganz einseitig angewendet. In Düsseldorf bekam ein Arbeiter auf sein Gnadenbeschluß für seinen bestraften Sohn die Antwort, dem Gesuch könne nicht stattgegeben werden, weil die Begabung des Sohnes ihn nur in seiner Arbeitslosigkeit bestärken würde, da man erfahren hätte, daß der Vater arbeitslos war. Dabei hatte der Mann 21 Jahre an derselben Stelle gearbeitet und war infolge schwerer Krankheit nur noch zu leichteren Arbeiten fähig. Ungeheure Härten kommen vor bei der Handhabung der Untersuchungshaft. Seit der Auflösung des Reichsmilitägerichts, welches die Entschädigungsanträge unschuldig in Untersuchungshaft befindlicher zu bearbeiten hatte, sind diese Anträge unerledigt geblieben. Auf welche Weise gedenkt der Herr Minister für die sachgemäße Erledigung der Anträge zu sorgen? Auch mit der Ausweisungsschluß gegen mißliebige Ausländer muß endlich ein Ende gemacht werden. Was sag der Minister zu dem durchsetzbaren Urteil in Bonn, wo einige Arbeiter wegen der Beschädigung eines Denkmals zwei Jahre Gefängnis bekommen? Auch die Gefängnisarbeit muß reformiert werden; sie war bloß eine Schmiedekunst und förderte nur die Arbeitslosigkeit. Durch die Amtsgerichte werden den entlassenen Soldaten vielfach Strafbefehle wegen militärischer Vergehen aus den Jahren 1918 und 1919 erteilt. Daß die Justiz stets die Kapitalinteressen gewahrt hat, geht auch aus der Tätigkeit des Reichsgerichts hervor. Das Reichsgericht hat z. B. die Erfüllung der Strafvollstreckung wegen versuchter Rötzigung in einem Falle als gegeben erachtet, in dem nur die Androhung eines Strafes vorschlag. Das ist eine Belehrung des Koalitionsrechts der Arbeitnehmer. Man wird es draußen nicht verstehen, daß die Personen, die am Kriege und am Zusammenschluß Deutschlands die Schuld tragen, frei herumlaufen und dagegen drei Arbeiter als Kriegsverbrecher herausgegriffen werden. Das Vermögen des Herrn Kapp, das angeblich 2½ Milliarden beträgt, steht unter einem Zwangsverwaltung, die nur ein Deckmantel zu sein scheint. Gegen den Hochverräter Ludendorff und andre, die sich die Schaffung illusorischer Organisationen haben zuschulden kommen lassen, wird nicht vorgegangen, aber wenn man einer angeblichen Roten Armee im Rheinland auf die Spur kommt, greift man mit Verhaftungen durch, die sich nur auf Spitzelgerichte stützen. Wenn die Arbeiterschaft dieser Industriegebiete dafür sorgt, wie man einem zweiten Kapp-Putsch nicht nur mit wirtschaftlichen Waffen begegnen kann, so sollten sich die Herren von rechts darüber wirklich nicht entrüsten. Wir fordern den Justizminister auf, zu erklären, was auf die Entschließungen der Roten Fahne hin geschehen ist. Wenn Arbeitermörder unanwaltbar festgestellt worden sind, so verstand es die Staatsanwaltschaft,

sie in die Reichswehr oder sonstwo hin verschwinden zu lassen. Der Justizminister hat durch seine Ausführungen die Mitverantwortlichkeit an dem Erlass des Innenministers Koch übernommen. Eine erneute Mordanordnung der Staatsbürgersicherung bleibt ungehört, ebenso Mordanordnungen gegen Dr. Magnus Hirschfeld. Das Geständnis des Husaren Runge ist schon am 6. Januar 1920 abgelegt worden, und zwar in einer Ausfertigung an den damaligen Reichswehrminister Noske und in einer zweiten Ausfertigung an den Präsidenten des Reichsmilitägerichtshofes. Ich habe nichts davon gehört, daß gegen diese beiden Herren ein Verfahren wegen Unterschlagung einer amtlichen Urkunde eingeleitet wurde. Entlastungsreden über die schwarze Schmach haben wir in diesem Hause genug gehört, doch ebenso haben wir eine Justiz- und eine militärische Schmach. Maria Lipp wurde im Rheinland von der Reichswehr verhaftet, dann im Gefängnis von sieben Reichswehrsoldaten vergewaltigt und ihr ein Gummiträuchlein ins Geschlechtsorgan eingebracht. Erst nach langen Monaten ist ein Verfahren gegen den Hauptbeschuldigten eingeleitet worden. Zuerst soll die Lipp ausgewiesen werden, um sie als unbestreitbare Belegzeugin loszuwerden. Die Morde im Rheinland, wo Arbeiter ohne Standrecht und ohne Gerichtsverfahren massenweise geötzt wurden, müssen endlich geahndet werden. Das ist das Unrecht, das der Arbeiter, der sitzt im Kampfe verkehrt, von der Staatsanwaltschaft gefunden wird, sich aber für Leute von der andern Seite, die systematisch morden, kein Staatsanwalt findet. Wenn die Justiz nichts tut, wird der Arbeiter selbst Justiz üben müssen. (Ungeheure Lärm rechts.) Rechtsanwalt Lamp wurde wegen Hochverrats ins Gefängnis von Wetzlar eingeliefert, ihm dort die Verbündigung unmöglich gemacht, indem man ihm alle schriftlichen Unterlagen wegnahm und seinen Verlehr mit dem Verdächtigen behinderte. Dadurch zur Verzweiflung getrieben, trat Lamp in den Hungerstreit und starb. — Unsre Justiz steht unter der Überproduktion von Gesetzen. Die großen sozialen Probleme bleiben unberücksichtigt. Überall ist Unfairheit. Bei einem Einkommen von 200 M. pro Woche darf das Armenrecht nicht verweigert werden. Die Reform des Mietgesetzes ist notwendig. Die Vorausbedingung für eine wesentliche Reform der Justiz ist die Besitzung der derzeitigen Gesellschaftsordnung.

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Auf alle die Fälle, die der Vorredner vorgebracht hat, kann ich unmöglich eingehen. Der preußische Justizminister wird die nötigen Schritte unternehmen, soweit er es für erforderlich hält. (Zurufe links: Soweit er es für nötig hält!) Auf die Anzeige der Roten Fahne wegen des angeblichen gegenrevolutionären Feldzugsplans könnten wir doch vorsichtig, nachdem festgestellt war, daß die Unterschriften von Ludendorff, Neuenkampf und Eichhorn gefälscht waren. (Lebhafter Lärm rechts.) Ludendorff hat um das Vaterland hohe Verdienste und das Reichsgericht hat festgestellt, daß von Hochverrat bei ihm nicht die Rede sein kann. (Widerspruch links.) Gegen Kapp hat man einen Haftbefehl und einen Strafbefehl erlassen; auch wie man der Verbündigungsschlußnahmen nähertritt. Es sind alle pflichtgemäße Maßnahmen getroffen worden. (Zwischenrufe links.) Die Frage der Entschädigung unschuldig in Untersuchungshaft gesommener Personen wird vom Ministerium geprüft. Die Klagen des Vorredners über die Handhabung des Armenrechts, über den Strafvollzug und ähnliches werden durch die in Vorbereitung befindliche Reform berücksichtigt werden. Die Untersuchungshaft soll möglichst eingeschränkt werden. Durch die Art, wie man hier die Justiz herunterzieht, wird faktisch gar nichts erreicht. Wenn der Vorredner sich über die Beschlagnahme von Alten durch die sächsische Polizei beschwert, so soll er sich doch an den Vorgesetzten der sächsischen Polizei, den Minister Lipinski wenden, welcher der Partei des Vorredners angehört! (Heiterkeit.) Im übrigen steht die deutsche Justiz viel zu hoch, um von den Angriffen des Vorredners getroffen zu werden. (Unruhe links.) Schließlich hat der Vorredner damit gedroht, daß die Arbeiterschaft sich unter Umständen ihr Recht selbst verschaffen würde. Ich warne auf das dringendste davor, mit der Gewalt zu spielen, denn jedem gewaltamen Vorgehen wird die Reichsverwaltung mit der größten Energie begegnen. (Lebhafter Beifall und Händelns rechts. — Zischen links.)

Abg. Dr. Levi (Komm.): Die letzten Worte des Reichsjustizministers kamen ihm vom Herzen und auch aus dem Herzen der Rechten. Diese Rede sagt mehr aus von dem wahren Geist der Justiz, als die gefährliche Vorlesung des Ministers. Er ist mit den Deutschnationalen ein Herz und eine Seele. Das Geständnis des Jägers Runge über seine Beteiligung an den Morde Liebnechts und Rosa Luxemburgs ist bereits vor einem Jahr den Behörden übergegangen. Wir sind auch in der Lage, dieses Geständnis durch einwandfreie Zeugen zu unterführen. Ich frage den Minister, ob das Geständnis vor oder nach der Bestätigung des Urteils in die Hände Noskes gelangte? Sochen wird mir glaubhaftig berichtet, daß der Hauptmann Pfeiffer gegen eine Kautions von 20 000 Mark auf freien Fuß gelegt ist. Wenn das wahr ist, dann richten sich alle Strafverfolgungen tatsächlich nur noch gegen Arbeiter. Wenn hier behauptet wurde, daß von der Amnestie viel mehr als 100 000 Todesurteile gehabt haben, als Rechtsradikale, so kommt dies einfach daher, daß beinahe gegen jeden Soldaten der Roten Armee im Außengebiet ein Verfahren anhängig gemacht war, während die geschlossenen Verbände der Kavalleristen überhaupt nicht angeklagt waren. Es ist erwiesen worden, daß die Justiz gegen Rechte und Linke verschieden gehandhabt wurde, und das kann nicht jedesmal ein Verschulden der Richter gewesen sein. Besteht das völlige Einvernehmen, dessen sich der Reichsjustizminister mit den Justizministern der einzelnen Länder rüstete, auch mit dem Justizminister von Bayern? Unnachgiebig ist in Bayern die Behandlung der Festungsgefangenen. Weil der Gefangene Erich Mühsam sein Sowjet-Abzeichen erst dann ablegen wollte, bis die ihn bewachenden Soldaten ihr Hakenkreuz abgelegt hätten, ist er mit Einzelhaft und Zeitungsverbot bestraft worden. Glaubt der Justizminister, daß es etwa dem Grafen Kapp ebenso gehen würde, wenn er Schwarz-Weiß-rote Kolarde trägt? Seit Monaten werden die Beflecke unter Vertrauensmänner in Verdau und Steinbeck überwacht; dagegen hat man noch nie etwas davon gehört, daß ein Brief des Herrn Generalanwaltsdirektors Kapp geöffnet worden ist. Wie wird es mit der Bestimmung gehalten, daß Verhaftete am Tage nach der Verhaftung dem ordentlichen Richter vorzuführen sind? Ein ganz krasser gegenteiliger Fall ist der Fall der Frau Dr. Henneberg. In diesem Hause besteht die Neigung und ebenso ist sie beim Minister Dr. Heinze festzustellen, jedes Wort über die Kriegsverbrecher als Geschäftstemperung für England darzustellen. Dieses Vorgehen des Ministers ist unerhörbar und er widerstreift damit auch seinem Vorläufer Dr. Schiffer, welcher stets behauptete, das Gepräge über die Kriegsverbrecher sei aus eigenem Antrieb und nicht auf Einfluß des Auslandes hin geschaffen worden. Bei dieser Auffassung der Justiz könnte Dr. Heinze keinen Tag länger Minister sein, wenn der deutsche Reichstag eben nicht der deutsche Reichstag wäre. Obwohl Geständnisse von Offizieren vorlagen, wurde zunächst gegen die drei Arbeiter eingeschritten, deren Sohne eher sprudelten. Das ist Absicht. Man will Arbeiter die Taten, die sie zu Tausenden den Offizieren abgelehnt haben, außer Acht lassen. Doch im Reiche der Justiz hat es keinen General Ludendorff zu geben, sondern nur einen Menschen Epouletten. Die Times article über den Hochverräter Ludendorff nach dem Kapp-Putsch die sehr gut detalliert waren und vom Oberstaatsanwalt nicht geahndet worden. Die Entschlüsse der Roten Fahne werden nicht verfolgt, sondern einfach als Entschuldigung erklärte während Sozialberichte über eine „Rote Armee“ im Rheinland erlaubten, Verhaftungen vornehmen zu lassen. Der Grund, die Justiz sei die Grundlage des Staates, erkennen wir. Die Erhöhung der Justiz ist eben nichts anderes als die Erhöhung des jekigen Staates und des ganzen gesellschaftlichen Systems. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Bos (U. Soz.): In ganz Thüringen hat kein Mensch die Überzeugung, daß das Urteil über die Marburger Studenten zu Recht besteht. Man betrachtet das ganze Gerichtsverfahren als eine Komödie. Selbst ein Peasant hat ja als Zeuge erklärt, er habe sich gewundert, welche Ruhe und Ordnung in Thüringen herrsche. Und du sprichst mir vor Sparplänen und revolutionären Umlieben! Der Redner verbreitet sich ausführlich über die Einzelheiten bei der Erziehung der Arbeiter in Thüringen und führt dann fort: Ueberhaupt hätte der Prozeß in Gotha verhandelt werden müssen. Dieser Fall hat deutlich gezeigt, daß es höchste Zeit ist, die Schwurgerichte nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht durch Verhältnisswahlen zusammenzuladen, denn jetzt bestehen die Geschworenengerichte nur aus Angehörigen der bestehenden Klasse. Man hat in Marburg nicht nur um den wahren Sachverhalt eine wahre Mane von Lügen errichtet, sondern der Prof. Moß hat noch den Hohn dazu gesetzt und in niederrädriger Weise die Studenten wegen ihrer Mordtaten getäuscht. (Vizepräsident Bell ruft diesen persönlichen verleidenden Angriff gegen einen im Amt befindlichen Professor.) Dieser Professor hat sich um so schlimmer prostituiert, weil es ohne Not geschah. (Langanhaltender Lärm rechts.) — Vizepräsident Bell bittet, den Redner zu Wort zu kommen zu lassen. Ich frage den Minister, welche Entschädigung die Hinterbliebenen von Thüringen erhalten sollen? (Lebhafter Beifall links. Unruhe rechts.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Die Reichsjustizverwaltung ist bereit, Missstände abzutun, soweit es ihr möglich ist. Die Vorwürfe der beiden Redner werden nachgeprüft werden. Der Fall Hauptmann Pfeiffer gehört nicht in mein Revier, sondern in das des Reichswehrministeriums. Den Fall Runge habe ich schon in meinen gestrigen Ausführungen behandelt. Die Entschlüsse der Roten Fahne wurden nachgeprüft, wobei sich die Falschheit der Unterschriften bereits ergeben hat. Was die Kriegsverbrecher betrifft, können auf Grund ausländischer Zeugenvorstellungen, von denen nicht feststeht, wann, von wem und unter welchen Umständen sie stattfanden, Urteile nicht gefällt werden. Missgriffe können natürlich nicht vermieden werden. Bedenken Sie, daß im Jahre 1919 allein in Preußen 1 433 000 Angeklagte erfolgt sind. Am 29. Juli 1920 hat hier der Abg. Düwell eine ähnliche Rede gehalten, wie jetzt der Abg. Levi. Im Falle der Mörder des Leutnants Schröder stelle ich dokumentarisch fest, daß die Ausführungen Düwells absolut schief sind und im Gegenteil das Deutsche Volk der deutschen Justiz dankbar sein muß, die es von solchen Verbrechen schützt.

Abg. Dr. Rosensfeld (U. Soz.): Es ist unmöglich, daß mit dieser Rede des Ministers Heinze die Debatte über den Etat zu Ende geht. Levi hat die Justiz belastendes Material in Menge vorgebracht, und darauf kommt diese Rede! Es kommt auf den Geist an, der von der Reichsjustizverwaltung ausgeht. Solange ein Herr Heinze Minister ist, ist Vertrauen für uns unmöglich. Beiträge der Entschlüsse der Roten Fahne können uns die Erklärungen eines Ludendorffs und Konkordien nicht genügen. (Große Unruhe rechts.) Die Missgriffe der Justiz sind nach unserer Überzeugung, sowie nach der Arbeiterschaft keine objektiven, sondern sie stellen eine bewußte Bengung des Rechts dar. Wir werden nicht erzählen, bis das Volk von dieser Klassenjustiz bereit ist. (Große Unruhe rechts, die Worte des Redners gehen zum großen Teil im Lärm unter.)

Darauf wird ein Antrag auf Schluss der Debatte eingebracht, der mit den Stimmen aller Bürgerlichen gegen die Stimmen aller Sozialisten angenommenen wird.

Abg. Adolf Hoffmann stellt fest, daß Abg. Levi nicht das Schluswort hatte und daß jedenfalls die Debatte durch Minister Heinze wieder eröffnet ist, so daß keine Partei jetzt noch das Schluswort bekommen möchte. — Präsident Löbe erwidert dem Abg. Rosensfeld (Komm.), das Schluswort, worauf die Rechte flüchtig den Saal verlässt. (Unruhe links, Zuruf Adolf Hoffmanns: Nehmen Sie doch Heinze mit!)

Abg. Rosensfeld (Komm.): Zu den barbarischen Taten der Noskes in Naumburg und Halle haben die Herren von der Rechten nichts zu sagen. Wir haben in diesen Fällen die Namen der Schuldigen den Behörden genannt, aber es ist nichts gegen sie getreten. Der tiefe Grund all dieser Greuel liegt in der moralischen Verwilderung der Soldaten und Offiziere im Kriege. Herr Heinze hat sich heute als der Chef der Klassenjustiz demonstriert. All dem gegenüber hat das Proletariat die Pflicht zur Revolution. Die Wellen der sozialen Revolution werden die Klassenjustiz und den Militarismus hinwegschwemmen.

Präsident Löbe erwidert dem Redner nachträglich wegen des Ausdrucks „Chef der Klassenjustiz“ einen Ordnuungsruf.

Damit ist die Aussprache beendet.

In der Abstimmung werden die einzelnen Titel des Etats gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten, die Abg. Radbruck (Soz.) auf Vorlegung einer Übersicht über die Kriegsverbrecher, auf Vergeltung für die Referendar und auf Vorlegung eines Gesetzes, das den Frauen die Gleichberechtigung im Justizdienst gibt, gegen die Stimmen der Rechten angenommen, angenommen wird auch der interklationale Frauenantrag auf Auflassung der Frauen zu juristischen Amtmännern und Gleichberechtigung der Frau im Familiengericht.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Gehej über Abgabe von oldesstaatlichen Versicherungen, Kontrolle der Kreditrechnungen, Übergangswirtschaft, Haushalt des Reichswehrministeriums.

Schluss 1½ Uhr.

Gerichtsstaat.

Landgericht.

Ein internationaler Tschendieb. Vor der Strafkammer des Landgerichts stand in der Person des Ungarn W. Rosenberg ein raffinierter Spitzbube, der wiederholt vorbestraft, kaum aus dem Gefängnis entlassen, sofort seinem Gewerbe aufs neue nachging und Eisenbahnreisen ihre Briefmarken wegstatt. Er wurde zu 3 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufschluß verurteilt. Zu seiner Vertheidigung führte er mit weinerlid Stimme an, er habe „vor der kommunistischen Wirtschaft Ungarn flüchten müssen“! Es scheint also damals diesem Geist unheimlich geworden zu sein. Die Revolution machte anscheinlich mit dem Gedächtnis kurze Prozeß. — Auch das ist ja irgendwie geworden

Ein 13½-jähriger Knabe wegen schwerer Diebstähle zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt! Ein Schulkind, das Kaninchen stahl und sie angeblich selbst geschlachtet, zugestrichen und vergraben. Zehnmal war es über Garde jungen gestiegen und hatte bei verschiedenen Nachbarsleuten nach und nach 28 Kaninchen gefangen. Das Gericht schenkte merkwürdiges Vorwissen der ganz unwahrscheinlichen Angaben Glauben, daß Knabe aus freien Stücken, ohne von jemand anders veranlaßt worden zu sein, die Straftaten ausgeführt habe, und verurteilte Kind zu 2 Monaten Gefängnis. Was wird denn nun aus dem Kind? Im besten Falle fällt es der Fürsorge anheim, kommt eine Besserungsanstalt und bleibt immer als Verbrecher gezeichnet. Vorbeugende Maßregeln hätten gerade in diesem Falle einige helfen können, wo die Mutter von 8 bis 1½ Uhr auf Arbeit, die Kinder also selbst überlassen waren. Stattdessen kennt die bürgerliche Bevölkerung kein anderes Erziehungsmitel als Strafen und im wieder Strafen!

Amtliche Bekanntmachungen.

Jahrplan-Änderung.

Vom 1. Februar 1921 werden die jetzt gültigen Saalfeld und Weissenfels verlebenden Personenzölle 387 und 336 wie folgt bis und von Leipzig durchgeführt:

Zug 387 Saalfeld ab 9^h, Zeit ab 11^h, Pegau

ab 12^h, Leipzig ab 1^h, Zug 336 Leipzig ab 8^h, Zeit ab 9^h, Zeit ab 10^h, Saalfeld ab 1^h. Die Strecke Zeitz-Weissenfels wird durch Anschlusslinie bedient.

Vom genannten Tage ab fallen die Züge 391 Zeit (ab 7^h) — Leipzig (am 9^h) und 378 Wittenburg (ab 8^h) und Zeit (ab 10^h) fort. Dagegen verkehrt ab 1. Februar Zug 365 Gera — Zeit (ab 5^h) — Leipzig (am 7^h) auch zwischen Jena und Leipzig täglich.

Halle (Saale), im Januar 1921.
Eisenbahndirektion.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Lößnig. Freitag, den 28. Januar, abends 1/2 Uhr. Versammlung im Stern. Tagesordnung: Steuerfragen. Ref.: Genosse Scheib. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Markranstädt.

Grosse öffentliche Versammlung

Freitag, den 28. Januar, abends 1/2 Uhr in der Guten Quelle.

Tagesordnung:
1. Die politische Lage. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Hormann Müller.
2. Freie Ausdrücke.

Um dem Referenten die Heimfahrt zu ermöglichen, muss die Versammlung pünktlich beginnen. Genossen und Genossinnen sorgt für Massenbesuch!

Der Vorstand des Ortsvereins der USPD.

Rötha und Umgegend.

Lichtbilder-Vorträge

im Schützenhaus

Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, für Kinder Märchen, Eintritt frei, abends 1/2 Uhr für Erwachsene. Thema: Die Geschichte der Urwelt. Eintritt 1 M. Einem zahlreichen Besuch nicht entsagen! Der Bildungsausschuss.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Eiche, Leipzig. Turn- u. Sportverein. Mittwoch, den 2. Februar, abends 8 Uhr, Hauptvorstellung im Bundeshaus.

Sonnabend, den 12. März, Großer Varietéabend im Volkshaus. Programme sind bei allen Vorständen der Brudervereine oder unterem Hauptstädter Herrn Paul Dähnert, Zeitzer Str. 5, Zigarettengeschäft, zu entnehmen. Der Vorstand.

Großschocher. Fußball-Meisterschaft. Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 Uhr. Generalversammlung. Ertheilen aller ist Pflicht. D. V.

Arbeiter-Schwimm-Verein

Anautsleebberg u. Umg. Sonnabend, den 29. Januar, abends 1/2 Uhr, Generalversammlung im Restaurant Germania. Tagesordnung: 1. Berichten der Mitglieder und des Protokolles. 2. Berichte: a) des Vorstandes; b) des Kassierers; c) der Schwimmwarte; d) der Rechtsore; e) der Delegierten vom Kreisamt. 3. Neuwahlen. 4. Anträge. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes. — Das Ertheilen aller Mitglieder ist Pflicht. D. V.

NB. Da im Februar wieder ein neuer Schwimmlehrkurs angekündigt ist, können sich noch Herren u. Damen, welche noch vor Eröffnung des Fortuna-Bades das Schwimmen erlernen wollen, bis spätestens 28. Jan. bei Schwimmen Willi Günther, Knaufleeben, Seumestr. 77, II., melden. Anmeldungen werden auch in jeder Versammlung und auch Übungsstunden angenommen. D. V.

Radfahrer-Bund Solidarität

Ust. Olt. Sonnabend, den 29. Januar, im großen Saal der Drei Mohren Christfeierstätte. Anfang 1/2 Uhr. Um recht zahlr. Beteiligung bittet D. V.

Preisssturz!

In Schmalz, blätterweich Pfund 12.50

In Tafel-Margarine (wie Butter) Pfund 11.80

frische Margarine (alte Qualität) Pfund 10.50

Margarine (zum Braten) Pfund 9.50

Pa. Vollreis Pfund 3.70

Pa. Reis II Pfund 3.50

Pa. Viktoria-Erbse Pfund 3.25 und 2.50

Pa. Erbsen, art. Pfund 3.25

Weisse Bohnen Pfund 1.80

Pa. Zuckerhonig Pfund-Tafel 4.80

ff. thür. Pflaumenmus (anderthalb) Pfund 5.20

Haferflocken, la Ware Pfund 3.50

Dänische Sahne Pfunde 7.20

Prima Kernseife Dose/Hälftl. 4.95

Dyck Stötteritzer Str. 8b

Telephon 4904

ab 12^h, Leipzig ab 1^h, Zug 336 Leipzig ab 8^h, Zeit ab 9^h, Zeit ab 10^h, Saalfeld ab 1^h. Die Strecke Zeitz-Weissenfels wird durch Anschlusslinie bedient.

Vom genannten Tage ab fallen die Züge 391 Zeit (ab 7^h) — Leipzig (am 9^h) und 378 Wittenburg (ab 8^h) und Zeit (ab 10^h) fort. Dagegen verkehrt ab 1. Februar Zug 365 Gera — Zeit (ab 5^h) — Leipzig (am 7^h) auch zwischen Jena und Leipzig täglich.

Halle (Saale), im Januar 1921.
Eisenbahndirektion.

Markranstädt. Die Ausgabe der neuen Broschüren erfolgt Freitag, den 28. Januar 1921, in den bekannten Ausgabestellen gegen Vorlegung der Ausweise in der Zeit von 8 bis 1/2 Uhr vormittags und 1/2 bis 5 Uhr nachmittags.

Die Witschartenausgabe erfolgt am Montag, den 31. Januar, im Kartenaamt am Weißbachweg zu derselben Zeit.

Markranstädt, am 26. Januar 1921.

Der Stadtrat.

Zwenau. Broschüren-Ausgabe Freitag und Sonnabend, den 28. und 29. Januar 1921.

Sparkasse Wahren. Geschäftsstelle von 8 bis 1/2 Uhr. Tagessamstag, Freitag, Samstag 10 Uhr geschlossen.

Sparkasse Borsdorf. Geschäftsstelle wochentags 8—2 Uhr. Postmischerkonto: 1000.

Die Reichseinkommensteuer von Rudolph Wett. — Preis 1.50 M.

Leipziger Buchdruckerei U. G. Tauchaer Str. 19/21

Familien-Nachrichten

Am 25. Januar verschied lange nach qualvollem Leiden im 37. Lebensjahr mein über alles geliebter treuerhafter Mann, der herzensgute Vater seiner zwei Kinder, der Lokomotivheizer

Otto Schäfer

In tiekitem Schmerze zeigt dies nur hierdurch an L. Schönefeld, Stettiner Str. 112.

Frau Lina Schäfer geb. Fischer.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 29. Januar, 1/2 Uhr, von der Kapelle des Schönefelder Friedhofes aus statt.

Am 26. Januar verschied lange nach langem Leiden im Krankenhaus St. Georg mein herzensguter Mann, unter lieber treuerhafter Vater, Schwiererater, Schwager und Onkel.

Herr Richard Wönicker

Er folgte nach kaum 10 Tagen seinem lieben unvergänglichen Vater, seinem Schwiegereltern, in die Ewigkeit nach. Sein Leben war Ehre und Arbeit, deshalb rufen wir Dir, lieber Vater, ein "Auge iant!" in Dein tübels Grab nach.

L. Kleinischhofer, den 27. Januar 1921
Wachsmuthstrasse 20.

In tiekitem Trauer

Mario Wönicker geb. Kössner

Walter Wönicker

Lotti Wölfhaar als Braut

Fritz Bogen und Frau

Ellisabeth geb. Wönicker

Marie vorm. Börrmann geb. Wönicker

und alle Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Montag, 31. Jan., 2 Uhr, gerade zu seinem 57. Geburtstage, auf tiekigem Friedhof statt.

Am 26. Januar, früh 4 Uhr, verschied nach langem schwerem Leiden im 55. Lebensjahr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Tante

Berta Matusche

L. Sellerhausen, Wurzener Str. 83, II.

Der zeigen tiekreibt an

August Matusche und Kinder

sowie sämtliche Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonnabend 1 Uhr Sellerhäuser Friedhof.

Dienstag, den 25. d. M. nach 3 Uhr, verschied nach langem schwerem Leiden im Alter von 59 Jahren mein innig geliebter unvergänglicher Mann, unter lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

Schriftsteller Richard Müller

L. Stötterly, Weilestraße 12, II.

Dies zeigt tiekreibt an

Die trauernde Witwe Anna Müller geb. Börner und Hinterbliebene.

Einführung Sonnabend, den 29. Januar, mittags

12 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus.

Blumenwenden werden dankend abgelehnt.

Am 26. Januar verschied nach langer schwerer Krankheit im Alter von 51 Jahren mein lieber Mann, unter treuerhafter Vater, der Tischler

Johann Höfer

L. Kleinischhofer, Würzburger Str. 17, III.

In tiekitem Trauer

B. verw. Höfer nebt Kindern.

Einführung Sonnabend 10 Uhr Südfriedhof.

Blumenwenden werden dankend abgelehnt.

Dienstag mittag 1 Uhr entkließ nach längerem Leiden lange und ruhig mein lieber Mann, unser treuerhafter Vater und Großvater

Gustav Apelt

im 62. Lebensjahr. Dies zeigen schmerzfüllt an

Paasdorf und Eiselen, 25, 1, 21.

Minna Apelt geb. Große

Gustav Apelt und Frau

Artur Apelt und Braut

Beerdigung Sonnabend 2 Uhr vom Trauerhaus aus

Arbeitsmarkt

Strohdachdecker

wird gesucht

zugehörigkeit Lindenthal.

Selbständige

Nöbelstischler

Leubnitz, Lindenau, Klein-

höher, Blaumühle werden

zusammenenfertig. Eichenmöb-

luch. Angebote erbeten

an A.B. an d. Werkstattle

Blatt, 21, Obermannstr. 1.

immediately zu Östern

u. Schmiedemeister

Stein, Wachau.

schwarz, f. 2 Gdn. Sonnab.

b. u. g. Go. Kaustr. 5, dt.

1. Aufwart, 1. v. Tag gel.

Leubnitz, Wachau.

Plätterinnen

auch verheiratete Frauen,

event. für halbe Tage, jucht

Waschanstalt Staude

Schönefeld, Stett. Str. 4.

Ehrlicher, frärtiger

Schuljunge zum Wege-

gehen gelücht. L. Blaumüh-

le, Blaumühle Straße 33, dt.

Suche für mein Sohn Oster-

Verhältnisse als Zigarren-

macher. Offeren unt. V. 25

Gilliale d. Bl.